

Der Niedergang der Volksparteien und der Umbruch des Parteiensystems

von Ulrich Menzel

Die Ergebnisse der Landtagswahlen in Bayern und Hessen im Herbst 2018 haben die Volksparteien aufgeschreckt. Innerhalb der Parteien wie in der interessierten Öffentlichkeit haben sie eine lange schwelende Debatte befeuert, ob wir am Beginn einer neuen Ära stehen, die den Niedergang der alten Volksparteien markiert¹ und zu Umbrüchen im vertrauten Parteiensystem mit ganz neuen Koalitionskonstellationen führt. Der Rückzug Merkels als Parteivorsitzende und der dadurch ausgelöste Richtungstreit über die programmatische Aufstellung der CDU zwischen weiter so und Rechtswende, die einen schwachen Widerhall in der SPD findet, nur daß es dort um weiter so versus Linkswende geht, greift zu kurz.² Es geht nicht um Personalfragen, gar um den Stil im Umgang mit politischen Kontrahenten, es geht auch nicht um programmatische Adjustierungen, sondern zuerst um Erkenntnis und Einsicht, daß die Ursachen für den Niedergang der Volksparteien tiefer liegen, die aus strukturellen Verschiebungen im deutschen Gesellschaftsgefüge resultieren. Diese sind wiederum die Folge des Wandels von der Agrar- über die Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, bei der der sog. FIRE-Sektor (Finance, Insurance and Real Estate) mit einem hohen Maß von Internationalisierung einen immer größeren Raum einnimmt.³ Deshalb geht es auch um die Erkenntnis, daß eine innenpolitische Perspektive allein nicht reicht und daß nicht nur sozioökonomische, sondern auch kulturelle Fragen aufgeworfen sind.

Die Fokussierung auf Personen und deren Verortung im innerparteilichen Gefüge verstellt den Blick, daß wir derzeit als Folge des gesellschaftlichen auch einen politischen Strukturwandel erleben mit einem langen Vorlauf, der sich nicht in das klassische Links-Rechts-Schema einordnen läßt. Dieser Vorlauf beginnt paradoxer Weise

¹ Z. B. Philipp Neumann/Alexander Kohnen, Der Niedergang der Volksparteien. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.7.2018; Cornelia Hildebrandt, Umbrüche im Parteiensystem in Europa. Schlussfolgerungen für die Linken. In: Forum Wissenschaft (11.4.2018). unter: <https://www.linksnet.de/artikle/47426>

² So z.B. Johano Strasser, Disziplin und Hingabe. Eine gründliche Erneuerung der SPD gelingt nur dann, wenn die Sozialdemokraten lernen, die Zwecke wieder höher zu schätzen als die Mittel. In: Frankfurter Rundschau vom 6.2.2018.

³ Vgl. dazu Mathias Albert/Lothar Brock/Stephan Hessler/Ulrich Menzel/Jürgen Neyer, Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie. Frankfurt: Suhrkamp 1999.

in etwa mit der deutschen Wiedervereinigung. Daß es sich um keinen singulär deutschen Vorgang handelt, zeigt ein Blick über die Grenzen, ist der politische Strukturwandel bei manchen europäischen Nachbarländern doch schon viel weiter fortgeschritten. Dort hat er alte und lange als etabliert geltende Parteien wie die französischen und griechischen Sozialisten oder die italienischen Christdemokraten marginalisiert oder ganz verschwinden lassen, hat neue sehr volatile Bewegungen wie „En Marche“ oder die „Fünf Sterne“ entstehen lassen und zu „Querfront-Koalitionen“ wie denen zwischen linken und rechten Populisten in Italien und Griechenland geführt.

Der Strukturwandel setzte in den frühen 1980er Jahren ein und läßt sich ablesen an der Mitgliederentwicklung der Parteien, an der sozialen Zusammensetzung der Mitgliedschaft, an der Auflösung der Milieus, in denen die Parteien verankert sind, und am Wahlverhalten der Bevölkerung. Die Parteienforschung hat sich der Thematik schon seit einiger Zeit angenommen. Hier sind besonders die Arbeiten von Oskar Niedermayer zu nennen, der seit 2001 regelmäßig die langfristige Entwicklung und soziale Zusammensetzung der Mitgliedschaft der im Bundestag vertretenen Parteien aufarbeitet, und das am Wissenschaftszentrum in Berlin unter Leitung von Wolfgang Merkel und Michael Zürn durchgeführte Projekt „Cosmopolitanism and Communitarianism: How Globalization Is Reshaping Politics in the 21st Century“.⁴ Während Niedermayer eher die innenpolitische Perspektive einnimmt, behandeln Merkel und Zürn das Thema aus einer globalen und ländervergleichenden Perspektive, aus der deutlich wird, welche Kräfte den politischen Strukturwandel weltweit bestimmen. Indem sie die innenpolitischen Folgen thematisieren, wird zugleich ein neues Feld in der Globalisierungsforschung betreten.

Die Daten

Beginnen wir mit der Mitgliedschaft und sozialen Zusammensetzung der Parteien, die derzeit im Bundestag vertreten sind. Beides ist durch zwei aufwändige Datensammlungen sehr gut dokumentiert und wird laufend aktualisiert. Für den Zeitraum 1946 bis 1990, also die alte Bundesrepublik, ist das „Handbuch zur Statistik der

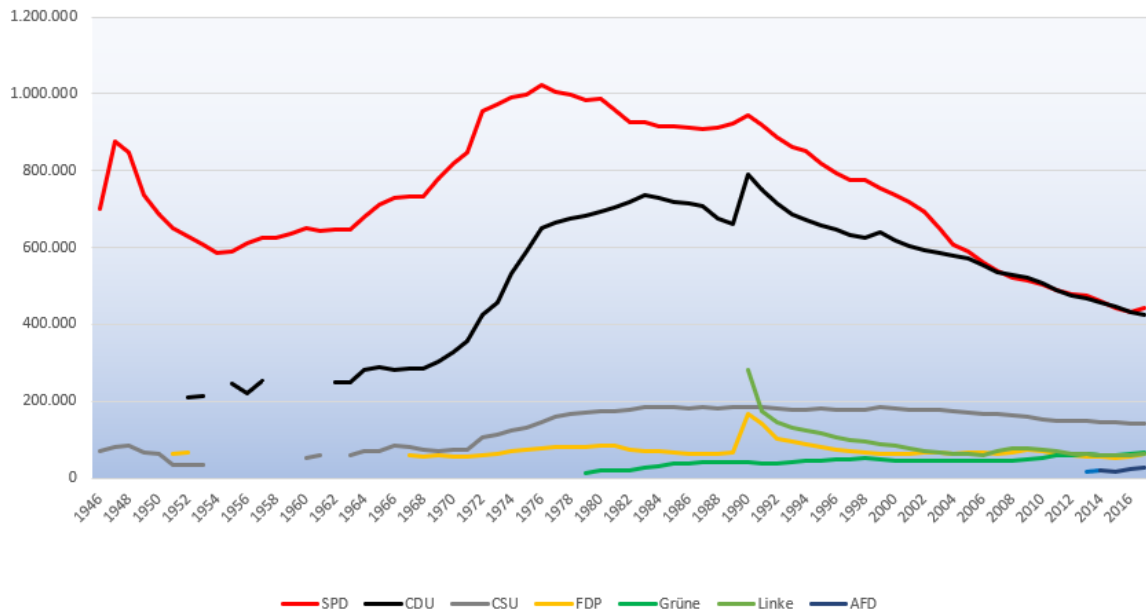
⁴ Vgl. dazu Peter De Wilde/Ruus Koopmanns/Michael Michael Zürn, *The Political Sociology of Cosmopolitanism and Communitarianism: Representative Claims Analysis*. Berlins: WZB 2014. = Discussion Paper SP IV 2014-102; Michael Zürn/Peter de Wilde, *Debating Globalization: Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies*. In: *Journal of Political Ideologies* 2016. S. 1-22.

Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und der Bundesrepublik Deutschland“, bestehend aus vier Teilbänden, heranzuziehen.⁵ In Teilband II werden Mitgliedschaft und Sozialstruktur von CDU und CSU, in Teilband III die von FDP sowie kleineren bürgerlichen und rechten Parteien und in Teilband IV die von SPD, KPD und kleineren Parteien des linken Spektrums sowie den Grünen dokumentiert. Daß die Grünen darin 2005 noch als linke Partei wahrgenommen wurden, zeigt die traditionelle Gliederung des Handbuchs anhand des klassischen Links-Rechts-Schemas, dem sich die Grünen schon seit ihrem Einzug in den Bundestag 1983 durch die Positionierung in der Mitte des Plenums verweigert haben. Seit 1990 und bezogen auf das wiedervereinigte Deutschland sind das von Niedermayer herausgegebene Handbuch der Parteienforschung⁶ und darauf aufbauend die jährlichen, in der Zeitschrift für Parlamentsfragen dokumentierten, Daten zu den im Bundestag vertretenen Parteien heranzuziehen, die wiederum auf Abfragen bei den Parteien beruhen, also davon abhängig sind, welche Daten die Parteien bei ihren Mitgliedern erheben.⁷ Beide Datensätze erfassen nicht nur die Sozialstruktur der Mitgliedschaften, sondern schlüsseln die Daten auch nach Landesverbänden auf. Dies ermöglicht, Zusammenhänge zwischen Mitgliedschaft und Bundestagswahlen und zwischen regionaler Mitgliedschaft und Landtagswahlen herzustellen. Alle im Folgenden analysierten Zahlen stammen aus den genannten Datensätzen und sind im Anhang in Tabellenform dokumentiert.

Abb. 1: Mitgliedschaften der aktuell im Bundestag vertretenen Parteien 1946-2017

⁵ Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. 4 Teilbde. Düsseldorf: Droste 2005.

⁶ Oskar Niedermayer, (Hrsg.), Handbuch der Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS 2013; darin besonders ders., Die Analyse von Parteiensystemen. In: Niedermayer 2013. S. 83-117; ders., Parteimitgliedschaften. In: Niedermayer 2013. S. 147-177; ders., Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Niedermayer 2013. S. 739-764; ferner ders., Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017 NEU. Berlin: FU Berlin 2017. = Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 27; ders., Parteimitgliedschaften im Jahre 2017. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49.2018,2. S. 346-371.



Alle Zahlen beziehen sich jeweils auf das Jahresende. Quelle: Datenanhang

Der Datensatz über die Parteimitgliedschaften 1946-2017 ist nicht vollständig. Nur für die SPD liegt eine lückenlose Zeitreihe vor, die allerdings für die späten 1940er Jahre aufgrund vieler Eintritte und Austritte sowie Parteiwechsel am linken Flügel des Parteienspektrums mit Unsicherheiten behaftet ist. Für die CDU und die CSU sind die Daten bis 1962 nur lückenhaft, für die FDP sogar erst seit 1967 vollständig verfügbar. Die in der Frühzeit der Bundesrepublik im Bundestag vertretenen Parteien Zentrum, KPD, DP, BHE und Bayernpartei werden hier nicht dokumentiert, da sie von SPD und Union aufgesogen wurden und seit Ende der 1950er Jahre keine Rolle mehr gespielt haben.⁸ Bei den späteren Neugründungen liegen für die Grünen seit 1979, für die PDS/Linke seit 1990 und für die AFD seit 2013 Daten vor.

Demnach gab es nach einer starken Fluktuation in der Gründungsphase der Bundesrepublik für die SPD seit 1954 und für die CDU seit 1960 eine kontinuierliche Zunahme der Mitgliedschaft, die sich in der ersten Hälfte der 1970er Jahre beschleunigte – eine Reaktion auf die Politisierung der deutschen Gesellschaft als Folge der Studentenbewegung der Jahre 1968ff. Insofern hat diese weit über das studentische Milieu hinausgegriffen. Für die SPD war der Gipfel in den Jahren 1976 und 1977 mit knapp über einer Million Mitglieder erreicht. Die Ära Willy Brandts bzw. der Sozialliberalen Koalition löste eine außerordentliche Mobilisierung bezüglich neuer Mitglieder aus, deren Zahl sich gegenüber 1954 fast verdoppelte. Zugleich wurde die Partei

⁸ Vgl. dazu Robert Hofmann, Geschichte der deutschen Parteien. München 1993.

jünger, weil sich besonders Jugendliche für die Ziele der SPD haben begeistern lassen. Viele der mit Ende der Schröder-Ära abgetretenen SPD-Politiker gehörten zu dieser Generation. Bei der CDU war der Gipfel erst 1983 mit etwa 735.000 Mitgliedern, dem Dreifachen der frühen 1950er Jahre, erreicht. Neben dem Übertritt von Mitgliedern kleinerer Parteien aus dem rechten Spektrum wie der Deutschen Partei war eine konservative Gegenmobilisierung wirksam, die auch die CDU hat jünger und weniger Honoratiorenpartei als in den 1950er/60er Jahren werden lassen. Für die CSU ist nur ein allmählicher Anstieg mit 185.000 Mitgliedern auf dem Gipfel des Jahres 1983 zu verzeichnen. Addiert man die Mitglieder von CDU und CSU, konnte die Union 1983/84 erstmals mit der SPD gleichziehen. Da sich beider Mitglieder aus einem breiten gesellschaftlichen Spektrum rekrutierten, war das Etikett „Volkspartei“ durchaus angemessen. Die FDP war deutlich kleiner, verfügte lange Zeit nur über etwa 60.000 Mitglieder und verzeichnete erst im Sog der Sozialliberalen Koalition seit 1973 einen Mitgliederzuwachs, der den linken Parteiflügel gestärkt haben dürfte. Sie erreichte 1981 mit 86.000 Mitgliedern ihren ersten Höhepunkt. Auch sie wurde jünger, blieb aber anders als SPD und Union eher dem Typus der Honoratiorenpartei verhaftet. Nach den Gipfeln von 1976 (SPD), 1981 (FDP) und 1983 (CDU/CSU) setzte für alle ein leichter, aber kontinuierlicher Rückgang der Mitgliedschaft ein, der damals in der Öffentlichkeit gar nicht wahrgenommen wurde. Einzige Partei mit wachsender und besonders junger Mitgliedschaft waren demnach die Grünen, die 1979 mit 11.000 gestartet sind und bis 1990 auf 41.000 angewachsen waren.

Das Wendejahr 1990 vermochte kurzfristig den Abwärtstrend zu stoppen, weniger weil sich durch die Aufnahme der fünf neuen Bundesländer die Bevölkerungszahl der Bundesrepublik auf über 80 Millionen erhöht hatte, sondern weil CDU und FDP ihre „Schwesterparteien“ bzw. ehemaligen „Blockparteien“ in der DDR, die Ost-CDU und die LDP, kurzerhand komplett aufgenommen haben. Für die FDP bedeutete das fast eine Verdreifachung der Mitgliedschaft innerhalb eines Jahres von 65.000 auf 168.000, für die CDU von 663.000 auf 790.000. Die CSU war naturgemäß nicht betroffen, die SPD nur gering, da sie 1946 in der SBZ mehr oder weniger zwangsweise mit der KPD zur SED vereinigt worden war. Die Neugründung der SPD am Ende der DDR hatte dort nur wenige Mitglieder erbracht. Bei den Grünen machte sich die Wiedervereinigung zunächst gar nicht bemerkbar, weil das mit ihnen korrespondierende Bündnis 90 selbständig geblieben und bei der ersten Bundestagswahl nach der Wende auch separat angetreten war. Herausragend war der Effekt bei der PDS als

Nachfolgepartei der SED, die 1990 aus dem Stand 281.000 Mitglieder, fast alle der SED angehörend, aufweisen konnte.

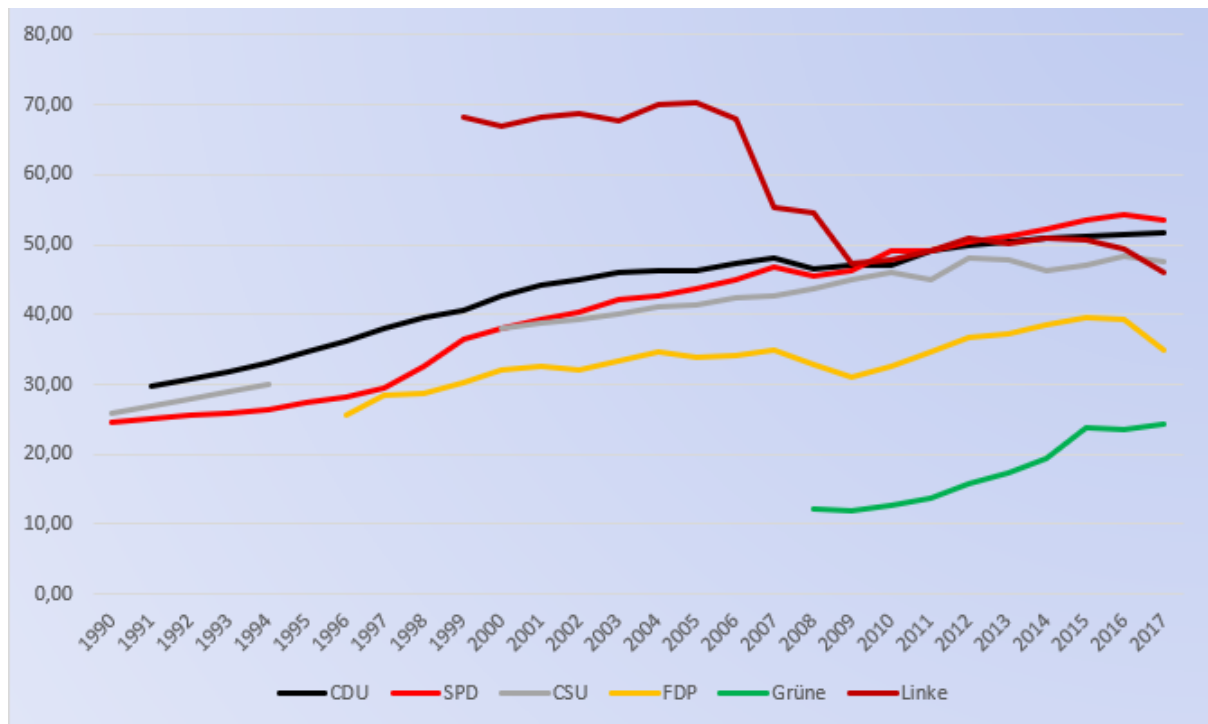
Die Unterbrechung des Abwärtstrends hielt aber nicht lange vor, handelte es sich bei dem Mitnahmeeffekt von CDU und FDP doch um Flugsand, um Personen, die zu Zeiten der DDR nur aus Opportunismus Parteimitglied gewesen waren. Fast genauso schnell wie die neuen Mitglieder aufgenommen worden waren, gingen sie auch wieder verloren. Bereits 1991 setzte sich bei SPD, CDU und FDP der alte Abwärtstrend fort, der bis heute ungebrochen ist. Erst seitdem wird er mit einiger Verzögerung in der Parteienforschung als „Party Decline“ bzw. Niedergang der Volksparteien apostrophiert, obwohl er bereits lange vor der Wende beschert hat.⁹ Die SPD ist von stolzen 1,022 Mio. Mitgliedern (1976) auf 433.000 (2016) abgestürzt, auch wenn der Schulz-Hype 2017 ein kurzes Zwischenhoch geführt hat, die CDU von ihrem eigentlichen Gipfel mit 735.000 (1983) auf 426.000 (2017). Seit 2007 sind beide Parteien nahezu gleichstark und marschieren abwärts im Gleichschritt. Bei der CSU ist der Abwärtstrend von 185.000 (1983) auf 141.000 (2017) zwar gemäßiger aber auch kontinuierlich. Die FDP ist mit 63.000 (2017) da angelangt, wo sie Anfang der 1950er Jahre begonnen hatte. Besonders drastisch ist der Absturz der PDS/Linke von 281.000 (1990) auf 62.000, obwohl die Abspaltung des linken Flügels der SPD als WASG und dessen Vereinigung mit der Linken 2007 zu einem kurzen Zwischenhoch geführt hatte. Der Grund ist darin zu suchen, daß die alten SED-Kader ausgetreten und vor allem ausgestorben sind, ein doppelter Aderlaß, den der Zuwachs von West-Linken aus dem Reservoir der zahlreichen Splitterparteien bzw. K-Gruppen inklusive der DKP links der SPD nicht kompensieren konnte. Einzig die Grünen haben sich behauptet und vermochten seit 2008 einen bescheidenen, aber kontinuierlichen Zuwachs zu vermelden, der sich 2017/18 beschleunigt hat. 2012 konnten erstmals die Mitgliederzahl der FDP und 2018 die Marke von 70.000 übertroffen werden. Bleibt schließlich die 2013 gegründete AFD, die nach Austritt des bürgerlichen Flügels 2015 zwar einen Einbruch zu verkraften hatte, aber seitdem neben den Grünen die einzige Partei mit wachsender Mitgliedschaft ist. Sie war 2017 bei knapp 28.000 angelangt. Halten wir als erstes Zwischenfazit fest: Der Party Decline (Niedergang

⁹ Prominentes Beispiel für die Decline-These ist Franz Walter, Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld: Transcript 2009.

der Parteien) betrifft nicht alle, sondern nur die Altparteien und die Linke, die mit Blick auf ihre SED-Vergangenheit auch eine Altpartei ist, der Party Rise die Grünen und die AFD.

Wie ist es um die Zusammensetzung der Mitgliedschaft bestellt? Genauso bedrohlich für die Zukunft der Parteien wie der Mitgliederschwund ist ihre Überalterung.

Abb. 2: Parteimitglieder über 60 Jahre in Prozent



Auch wenn die Daten über den Altersaufbau vor 1990 sehr lückenhaft sind, so kann man doch unterstellen, daß alle Parteien zu Beginn ihres großen Mitgliederzuwachses in den 1970er Jahren „junge“ Parteien waren, weil damals viele Jugendliche in die Parteien eingetreten sind und das Durchschnittsalter gesenkt haben. So waren in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre bei der SPD nur 16-17 % der Mitglieder älter als 60 Jahre. Bei der CDU waren es 1986 24,5 %, bei der CSU und der FDP über die gesamten 1970er/80er Jahre etwa 22-24 %. Seit 1990 liegen für alle Parteien verlässliche Daten vor. Wenn man als Indikator für Überalterung den Prozentsatz derjenigen Parteimitglieder nimmt, die älter als 60 Jahre sind, ergeben sich für SPD, CDU, CSU und FDP nahezu parallel verlaufende Trends. Damals lag der Anteil der über 60jährigen, zwar schon höher als in den 1970er Jahren aber erst zwischen 25 % (SPD) und 30 % (CDU). Bis Ende 2017 ist die Quote in beiden Parteien auf über 50 % gestiegen. Bei der FDP ist die Tendenz ähnlich, allerdings liegen die Werte um bis

zu 10 % niedriger. Deutlich jünger ist die Mitgliedschaft der Grünen. Auch hier ist zwischen 2008 und 2017 eine steigende Tendenz zu beobachten – allerdings auf viel niedrigerem Niveau, ist der Anteil der Gründergeneration der über 60jährigen doch lediglich von 10 auf 20 % gestiegen. Die Quote blieb seit 2015 sogar stabil, da der weitere Mitgliederzuwachs aus dem Beitritt vor allem junger Mitglieder resultiert. Völlig konträr dazu veränderte sich der Altersaufbau von PDS/Linke. Die Partei war bis 2006 mit einem fast 70prozentigen Anteil der über 60jährigen eine sehr alte Partei. Folglich mußte der Schrumpfungsprozeß mit einer deutlichen Verjüngung einhergehen, weil dieser nicht nur durch Austritte, sondern auch durch das Aussterben der alten SED-Kader hervorgerufen wurde. Im Vergleich zu den Grünen handelt es sich immer noch um eine alte Partei, bewegt sich der Anteil der über 60jährigen doch bei etwa 50 % - ein erster Hinweis über die fast schon konträren Milieus von Grünen und Linken, die kaum Berührungspunkte aufweisen.

Wenn Parteien durch die Alten und deren Erfahrungshintergrund geprägt werden, dann wird klar, wo ein Problem liegt. Die Zahl der Mitglieder resultiert aus dem Saldo von Zu- und Abgängen. Für den Zugang sind allein die Eintritte verantwortlich, die in der Regel in jüngeren Jahren erfolgen. Der Abgang kann diverse Gründe haben – Austritt, Tod oder Ausschluß, wobei zwischen politischen Gründen wegen Verstoß gegen Prinzipien der Partei (in geringen Fällen) und wegen Säumigkeit bei der Zahlung des Mitgliedsbeitrags unterschieden werden muß. In der Wachstumsphase der 1970er Jahre war es so, daß die Zahl der Eintritte die Summe aus Austritt und Tod deutlich überstiegen hat. Bei der SPD war das Verhältnis lange Zeit 2:1 bis 3:1. Mittlerweile ist der Saldo zwischen Eintritt und Ausscheiden negativ, weil die Eintritte weniger werden und die Überalterung dazu führt, daß der Tod gegenüber dem Austritt der wichtigere geworden ist.¹⁰ Die alten Parteien sind dabei, im wahrsten Sinne des Wortes auszusterben.

Die Überalterung hat ferner die fatale Konsequenz eines strukturellen Konservatismus bezüglich des politischen Angebots. Nicht nur das durchschnittliche Mitglied wird älter, auch die Funktionsträger vom Ortsverein bis zum Landesverband und den Delegierten auf den Parteitag. Werden von der Partielite, die in den Vorständen sitzt, politische Kurswechsel vorgenommen, fällt es der strukturkonservativen Basis

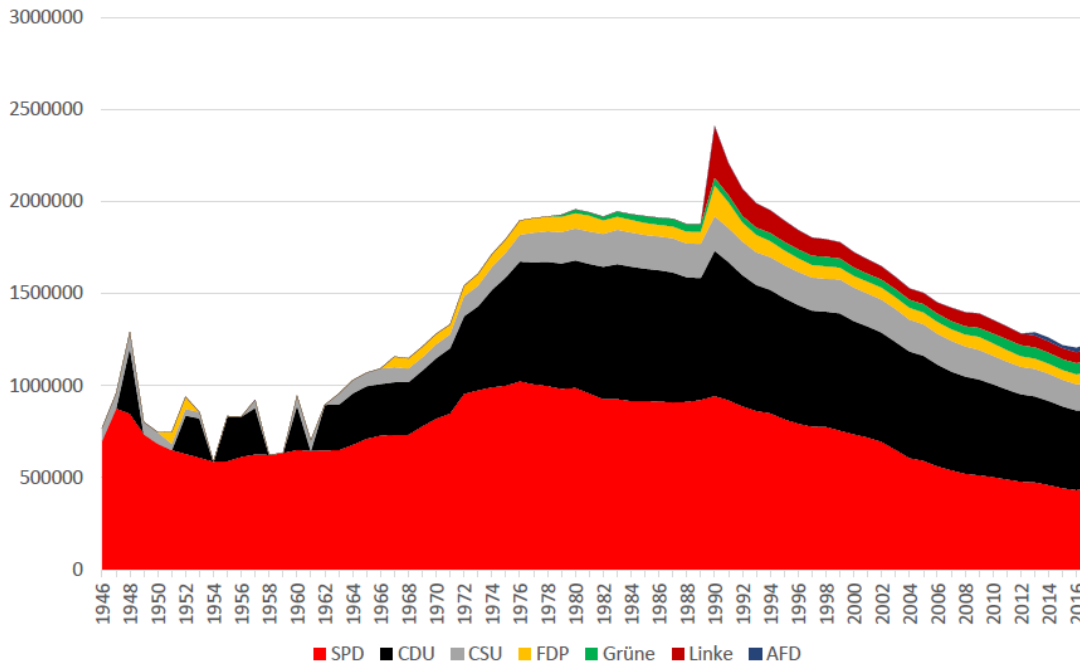
¹⁰ Auch die jeweiligen Ursachen für das Ausscheiden werden in den zitierten Datensammlungen erfaßt.

schwer, diese zu akzeptieren. Die Beobachtung gilt gleichermaßen für SPD wie für Union, die beide radikale Kurswechsel (Agenda vs. Abschaffung der Wehrpflicht oder Atomausstieg) zu verkräften hatten. Der Strukturkonservatismus bremst die Bereitschaft, das politische Angebot zu modernisieren und den Interessen und Bedürfnissen potentieller neuer junger Mitglieder anzupassen. Die Alten interessiert das Thema Rente, die Jungen, wie diese angesichts des demographischen Wandels künftig zu finanzieren ist. So werden die Parteien zu Altparteien sich im doppelten Sinne des Wortes und geraten in einen Teufelskreis, dem nur schwer zu enttrinnen ist. Die Überalterung bremst die Erneuerungsfähigkeit, die mangelnde Erneuerung bremst die Attraktivität für neue junge Mitglieder, zumal wenn diese an der Basis nur auf ältere Damen und Herren stoßen, die in der Welt ihrer Erinnerungen an die gute alte Zeit leben, als die Parteiwelt noch in Ordnung war.¹¹ Mit dieser Feststellung wird der Blick auf das Milieu gerichtet, in dem die Parteien verankert sind. Wir werden darauf zurückkommen. Lediglich die Grünen befinden sich in einer komplett anderen Konstellation – ein erster Hinweis, warum sie in der Lage sind zu wachsen und trotzdem jung zu bleiben.

Mitgliedschaft und Altersaufbau haben Konsequenzen für Wahlen.¹² Jedes Mitglied ist ein potentieller Multiplikator – in der Familie, am Arbeitsplatz, im Freundeskreis, in der Nachbarschaft, im Verein, in der Kneipe. Es macht schon einen Unterschied, ob man über eine Million Multiplikatoren oder über 400.000 verfügt. Wenn mehr als die Hälfte der Mitglieder älter als 60 ist, schwächt das die Multiplikatorenwirkung zusätzlich, weil die Zahl der Aktivisten unter den Mitgliedern schwindet, dürfte doch die Bereitschaft von 60-80jährigen, samstags am Infostand in der Fußgängerzone zu stehen oder nachts im Wahlkampf Plakate zu kleben, geringer ausgeprägt sein als bei 20-30jährigen.

Abb. 3: Parteimitgliedschaft gesamt

¹¹ Exemplarisch dafür das Interview mit Irmgard Scheinhardt „Eine Partei ist eine Gemeinschaft“. Irmgard Scheinhardt, seit 1946 SPD-Mitglied, über die goldene Zeit der Sozialdemokraten im Ruhrpott, den Überlebenskampf der Volkspartei und den Mitgliederentscheid über die GroKo. In: Frankfurter Rundschau vom 26.2.2018.



Wenn man die Mitglieder der sechs derzeit im Bundestag vertretenen Parteien über den Zeitraum 1946-2017 zu einem Schichtendiagramm addiert, verstärkt sich der Eindruck. Bis zum Ende der alten Bundesrepublik waren bei etwa 45 Mio. Wahlberechtigten knapp zwei Millionen Bürger Mitglied einer Partei. Trotz der neuen Parteien ist deren Zahl auf etwa 1,25 Mio. zurückgegangen, gleichzeitig aber die Zahl der Wahlberechtigten auf 60,7 Mio. gestiegen. Kamen Ende der 1980er Jahre etwa 22 Wahlberechtigte auf ein Parteimitglied, sind es derzeit etwa 48. Für den Multiplikatoreffekt ist das weit mehr als eine Halbierung, wenn auch die Relation Mitglieder-Wähler eine breite Spannbreite aufweist. Sie reicht von 1:4 bei der PDS (1990) bis 1:203 bei der AfD (2017). Bei SPD und Union bewegt sie sich von 1990 bis 2017 zwischen 1:20 – 1:30. Die Graphik läßt sich auch als Ausdruck der beschleunigten Politisierung der deutschen Gesellschaft in den 1970er Jahren und der seitdem einsetzenden Entpolitisierung lesen, bei die Spitze des Jahres 1990 nur als flüchtiger Flugsand erscheint.

Die Wahlergebnisse auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene werden vom Bundes- bzw. den Landeswahlleitern veröffentlicht.¹³ Die öffentliche Berichterstattung und Kommentierung von Wahlen krankt allerdings daran, daß in der Regel nur die **relativen** Zahlen gegenüber der letzten Wahl bzw. gegenüber den konkurrierenden

¹³ Sie sind sogar auf der Internetseite der Tagesschau unter <https://wahl.tagesschau.de/wahlen> abrufbar.

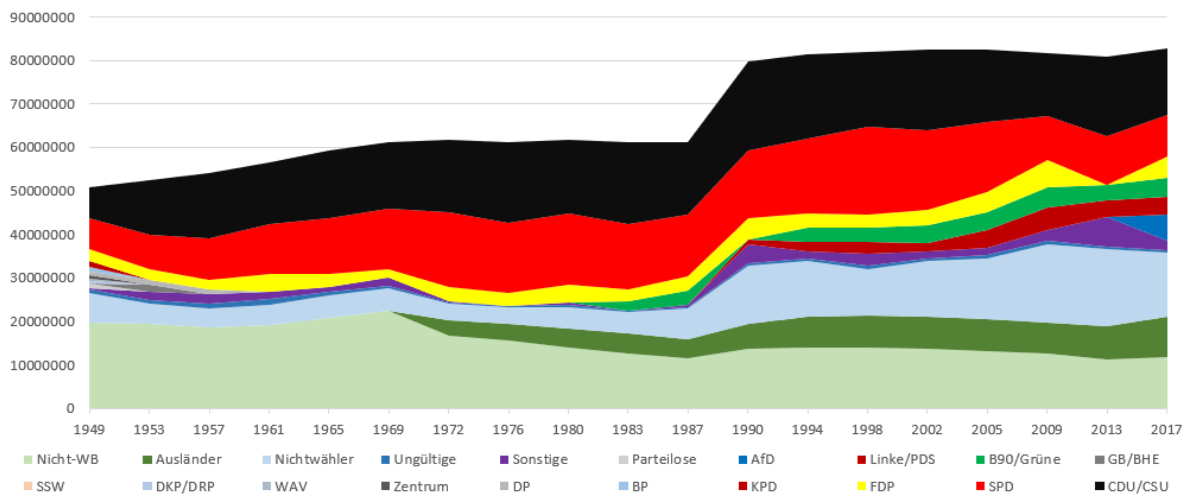
Parteien und die daraus resultierende Sitzverteilung in den Parlamenten als das vermeintlich eigentliche politische Ergebnis thematisiert werden. Sieg oder Niederlage werden daran gemessen, in welchem Maße der relative Anteil an den abgegebenen Stimmen zu- oder abgenommen hat, wie bei der Sitzverteilung im Parlament abgeschnitten wurde. So konnte es sein, daß die Union bei den Bundestagswahlen 2009 als Wahlsieger gefeiert wurde, obwohl sie etwa zwei Mio. Stimmen weniger als bei der Bundestagswahl 2005 errungen hatte. Der „relative“ Erfolg resultierte daraus, daß die SPD bei dieser Wahl mehr als sechs Mio. Stimmen verloren hatte! Da die mehr als acht Mio. Stimmen, die beide Volksparteien zusammen verloren hatten, nur zu einem geringen Teil den kleinen Parteien zugeflossen waren, mußte die Zahl der Nichtwähler dramatisch von 13,8 auf 18,2 Mio. zugenommen haben. Dieser eigentlich die Bundestagswahl 2009 prägende Befund war der Berichterstattung allenfalls eine Randnotiz wert¹⁴, obwohl er einen deutlichen Hinweis gab auf strukturelle Veränderungen im Verhalten der Wahlberechtigten und auf Umbrüche in der Parteienlandschaft. Es bietet sich deshalb an, bei der Analyse von den **absoluten** Zahlen auszugehen.

Im Untersuchungszeitraum von 1949, dem Jahr der ersten Bundestagswahl, bis zur bislang letzten 2017 ist die Wohnbevölkerung in Deutschland von knapp 51 Mio. auf knapp 83 Mio. gestiegen. Einen sprunghaften Zuwachs brachte die Vereinigung der beiden deutschen Staaten von 61,2 auf 79,8 Mio., einen schleichenden Zuwachs seitdem die Zuwanderung, die den Rückgang der einheimischen Bevölkerung mehr als kompensieren konnte. Letzterer resultiert daraus, daß die Geburtenrate dauerhaft unter die Sterberate gesunken ist. Bei der Zuwanderung ist hier relevant, ob die Zugewanderten und deren Nachkommen nach einer Übergangszeit die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben und damit wahlberechtigt sind oder nicht, in jedem Fall aber zur Wohnbevölkerung zählen. Stärker als die Wohnbevölkerung ist im Untersuchungszeitraum die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen – nämlich von 31,2 auf 61,7 Mio., was auch auf die Senkung des Wahlalters 1970 von 21 auf 18 Jahre zurückzuführen ist. Seit 2002 bleibt deren Zahl stabil, seit 2009 sinkt sie leicht. Wenn die bereits in einigen Ländern vollzogene Senkung des Wahlalters auf 16 auf den Bund übertragen wird, würde das den Trend wieder stoppen. Bis 1998 hat umgekehrt die Zahl derjenigen, die von ihrem Wahlrecht auch Gebrauch machen, zugenommen.

¹⁴ Der bereits zitierte Titel von Walter 2009 ist eine löbliche Ausnahme.

Seitdem ist sie rückläufig. 2009 gab es mit 44 Mio. Wählern fast 6 Mio. weniger als 1998. Die drei Zeitreihen über Wohnbevölkerung, Wahlberechtigte und Wähler bilden die Ausgangsdaten der weiteren Analyse. Wie verhalten sich die Wahlberechtigten und wie partizipieren daran die einzelnen Parteien? Die entsprechenden Daten sind in einem Schichtdiagramm abgebildet, auf dessen vertikaler Achse die absoluten Zahlen abgetragen werden.

Abb.4: Bundestagswahlen 1949 - 2017 (absolute Zahlen in Mio.)



In der untersten Schicht erscheinen diejenigen, die aus Altersgründen oder fehlender deutscher Staatsangehörigkeit nicht wahlberechtigt sind, wobei bis 1969 nicht zwischen Inländern und Ausländern unterschieden wird. Die Gesamtzahl pendelte bis 1969 um die 20 Millionen und ist seitdem bis auf 11,7 Mio. gesunken. Dahinter verbergen sich zwei Trends. Die Zahl der nicht wahlberechtigten Deutschen hat von 16,8 auf 11,7 Mio. deutlich abgenommen – weil das Wahlalter gesenkt wurde und weil die Geburtenzahlen zurückgegangen sind, während sich die Zahl der Ausländer (ohne deutsche Staatsangehörigkeit) von 3,6 Mio. (1972) auf 9,4 Mio. (2017) verdreifacht hat. Die Flüchtlingsbewegung 2015 hat dieser Teilmenge einen großen Schub verliehen. Nicht nur die Bevölkerung, auch die Wahlberechtigten werden älter. Die nächste Schicht bilden die Nichtwähler, die aus diversen Gründen keinen Gebrauch von ihrem Wahlrecht machen. Deren Motive sind noch wenig erforscht, zumal sie sich in Umfragen vor Wahlen nicht als solche zu erkennen geben, sondern behaupten, noch unentschieden zu sein.¹⁵ Hier liegt ein wesentlicher Grund, warum die

¹⁵ Vgl. dazu Claudio Caballero, Nichtwahl. In: Falter/Schoen 2005. S. 319-364.

Wahlprognosen in letzter Zeit so häufig daneben lagen, basieren sie doch auf der Annahme, daß die Befragten ehrlich sind. Bei der ersten Bundestagswahl 1949 waren das immerhin 6,7 Mio. Personen. Bis 1976 hat sich deren Zahl kontinuierlich bis auf 3,9 Mio. reduziert. Eine Wahlbeteiligung von über 90 % wie bei den Bundestagswahlen 1972 und 1976 muß als hohe Bindungswirkung der Parteien gewertet werden. Seitdem ist ein drastischer, und zwar sprunghafter und nicht kontinuierlicher, Anstieg der Nichtwähler bis 2009 auf 18,2 Mio. zu verzeichnen. Bei der ersten Bundestagswahl nach der Wiedervereinigung war der Anstieg von 7,1 auf 13,4 Mio. besonders stark, während die Zahl der Wähler vergleichsweise geringer nur von 38,2 auf 47 Mio. zugenommen hatte. Dieser überraschende Befund läßt sich nur so interpretieren, daß die Neubürger aus der DDR zu einem erheblichen Maß die Beteiligung an der Bundestagswahl verweigert haben. Ob es sich dabei um überzeugte Anhänger der SED gehandelt hat oder um solche, die der untergegangenen DDR nachgetrauert haben, muß spekulativ bleiben. Der Befund hat damals bei der Wahlberichterstattung keine besondere Rolle gespielt. Der Rückgang der Zahl der Nichtwähler 1994 und 1998 mag darauf zurückzuführen sein, daß sich mehr ehemalige DDR-Bürger mit der Wende abgefunden und dieses durch ihre Wahlbeteiligung zum Ausdruck gebracht haben. Besonders stark war der Anstieg der Zahl der Nichtwähler 2009 von 13,8 auf 18,2 Mio., ohne daß sich dafür eine Erklärung wie 1990 aufdrängt. Seitdem ist ein Rückgang auf 14,7 Mio. (2017) zu verzeichnen, weil mit der AFD eine neue Partei kandidiert, die ihre Wähler etwa zur Hälfte aus dem Lager der Nichtwähler rekrutiert. Auf jeden Fall korrespondiert die Zunahme der Nichtwähler mit dem Rückgang der Parteimitglieder und ist ein weiterer Indikator für die Entpolitisierung bzw. für eine zunehmende Weigerung, sich politisch in Form von Wahlen einzubringen. Der Rückgang der Wahlbeteiligung wird zwar seit einiger Zeit in der Berichterstattung erwähnt, aber kaum nach den Ursachen gefragt. Auch ist nicht erkennbar, daß die Parteien gezielt versuchen, die Nichtwähler anzusprechen.

Die nächste Schicht bilden diejenigen, die ungültig gewählt haben. Bei ihnen handelt es sich keineswegs um eine zu vernachlässigende Größe. Bei den ersten vier Bundestagswahlen war deren Zahl erheblich hat sogar von 763.000 (1949) auf 1,3 Mio. (1961) zugenommen. Seitdem war sie bis 1983 rückläufig auf 339.000, ist bis 2005 aber wieder auf 756.000 angestiegen, um bis 2017 erneut auf 461.000 abzufallen.

Offenbar handelt es sich um Wähler, die mal mehr und mal weniger durch die Angebote aller für den Bundestag kandidierenden Parteien nicht angesprochen werden – in der Frühphase der BRD vermutlich NSDAP-Sympathisanten und nach dem KPD-Verbot auch KPD-Sympathisanten. Aber warum stieg die Zahl nach 1983 wieder an? Die ungültig Wählenden werden in der Berichterstattung völlig vernachlässigt und sind für die Wahlforschung noch weniger ein Thema als die Nichtwähler. Sie einfach als Spinner oder Querulanten abzutun, wird der Sache nicht gerecht.

In der nächsten Schicht werden diejenigen abgetragen, die ihre Stimme für „Sons-tige“, also für Splitterparteien, abgegeben haben. Darunter können auch Parteien fal-len, die knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert sind wie die Grünen 1990 oder die FDP 2013. Deren Zahl fluktuiert von Wahl zu Wahl, ohne daß eine eindeutige Tendenz erkennbar ist. Selbst wenn man die Ausschläge der Jahre 1990 und 2013 wegen des Scheiterns der Grünen bzw. der FDP erklären kann, bleiben 1998 mit 2,9 Mio., 2009 mit 2,6 Mio. und 2017 mit 2,3 Mio. Stimmen für Splitterparteien als her-ausragende Jahre. Es drängt sich der Verdacht auf, daß Wahlenthaltung, ungültig wählen und Wahl einer Splitterpartei nur Varianten einer Protesthaltung sind.

Die auf die Splitterparteien fallenden Stimmen gehen aber im Unterschied zu den ün-gültigen und den nicht abgegebenen Stimmen nicht verloren, sondern werden um-verteilt auf die im Parlament vertretenen Parteien entsprechend ihrer relativen Stärke. Schon wieder relativ! Wer also relativ die meisten Stimmen bekommen hat, bekommt, auch wenn er absolut verloren hat, den größten Anteil der sonstigen Stim-men, ein fragwürdiges Verfahren, weil es wegen des doppelten relativen Effekts ei-nen trügerischen Eindruck über die tatsächliche absolute Stärke vermittelt. Zumin-dest die Stimmen für die Splitterparteien, die keine Chance haben, die Fünf-Prozent-Hürde zu meistern, können zu den ungültigen Stimmen addiert werden, da beide stärker noch als Wahlenthaltung Ausdruck von Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien ist.

Erst die darauf aufbauenden Schichten erfassen die im Bundestag vertretenen Par-teien. Die erste Bundestagswahl 1949 führte zu einer besonderen Zersplitterung der Parteienlandschaft, weil es noch keine Fünf-Prozent-Hürde gab. Im ersten Bundes-tag waren elf Parteien sowie etliche parteilose Abgeordnete vertreten, im zweiten 1953 noch sieben und im dritten 1957 nur noch fünf. Seit 1961 hat sich das alte Par-teiensystem aus Union, SPD und FDP etabliert, nachdem die Union die kleineren

Parteien auf der Rechten aufgesogen und die SPD sich mit dem Godesberger Programm von der Klassen- zur Volkspartei geöffnet hatte. In der öffentlichen Wahrnehmung gab es für lange Zeit ein Drei-Parteien-System mit zwei großen Parteien und der FDP als Zünglein an der Waage, die der Union zu einer bürgerlichen oder der SPD zu einer sozialliberalen Mehrheit verhelfen konnte in Abhängigkeit von der Frage, ob der nationalliberale oder der linksliberale Flügel in der FDP in der Mehrheit war. Eine große Koalition war die besonderen Umständen geschuldete Ausnahme.

Mit dem Aufkommen der Grünen wurde das System gesprengt, kam doch die Variante Lagerbildung rot-grün versus schwarz-gelb ins Spiel, mit dem Aufkommen der PDS/Linken die Varianten rot-rot-grün, Ampel, Jamaika und Kenia mit der praktischen Konsequenz, daß große Koalitionen nicht nur denkbar, sondern auch auf Länderebene zur Regel wurden. Deren arithmetische Notwendigkeit hat sich durch das Aufkommen der AfD verstärkt. Die neue Heterogenisierung der Koalitionslandschaft ist aber nicht nur das Resultat der Verweigerung der Stimmabgabe für die im Bundestag vertretenen Parteien, sondern auch das Resultat der Umverteilung der sonstigen Stimmen und vor allem des Wahlrechts. Je mehr Parteien mit Ergebnissen über der Fünf Prozent-Hürde kandidieren und je mehr sich die Ergebnisse aller Parteien in den Wahlkreisen angleichen, desto „billiger“ ist ein Direktmandat zu erringen. Waren zu Zeiten des Drei-Parteien-Systems im Schnitt vielleicht 40 % der Erststimmen notwendig, so reichen mittlerweile häufig bereits 25-30 %. Konsequenz ist eine ausufernde Zahl von Überhang- und Ausgleichsmandaten. Der paradoxe Effekt ist, daß trotz rückläufiger Stimmen die Zahl der Mandate einer Partei konstant bleiben oder gar steigen kann und so den nachlassenden Zuspruch für eine Partei weiter kaschiert. Die Aufblähung der Parlamente wirkt wie ein Pflaster, das die Sorge vieler Abgeordneten dämpft, die um ihr Mandat bangen mußten. Hier liegt ein Grund, warum der Aufstand solcher Kandidaten ausbleibt und warum die Schwächen des derzeitigen Wahlrechts nicht korrigiert werden.

Die Union (oberste Schicht) konnte die Zahl ihrer Stimmen von 7,36 Mio. (1949) bis 18,39 Mio. (1976) weit mehr als verdoppeln. Nach dem Einbruch 1987 wurde 1990, nicht zuletzt vereinigungsbedingt, der Gipfel von 20,56 Mio. erklommen. Seitdem ist der Trend trotz Schwankungen rückläufig. 2009 waren es nur noch 14,66 Mio. und 2017 15,32 Mio. nach dem Zwischenhoch 2013 mit 18,2 Mio. Stimmen, das Merkel hohe Akzeptanz in der Union verschaffte. Darunter verläuft die Schicht der SPD, die 1949 mit 6,39 Mio. kaum weniger als die Union erzielte, bis 1972 im Gefolge des

„Genossen Trend“ von Wahl zu Wahl bis auf 17,18 Mio. zulegen und erstmals die Union übertreffen konnte. Seitdem bewegte sie sich zwischen 14 und 17 Mio., um 1998 mit 20,18 Mio. Stimmen ihren Gipfel zu erreichen. Seitdem ist von Wahl zu Wahl ein sprunghafter und nur noch als dramatisch zu bezeichnender Absturz auf 9,59 Mio. (2017) zu verbuchen. Die SPD hat innerhalb von 20 Jahren mehr als die Hälfte ihrer Wähler verloren und ist auf das Niveau von 1957 bei einer damals viel geringeren Zahl von Wahlberechtigten gelandet. Von Volkspartei kann keine Rede mehr sein. Die Parallele zum Rückgang der Mitgliederzahlen ist offensichtlich. Wenn heute das Ende der Volkspartei SPD diskutiert wird, dann hatte dieses Ende einen langen Vorlauf, der bereits 2002 eingesetzt hat. Obwohl man damals die Zahl der Unionswähler nur ganz knapp mit 6000 Stimmen übertroffen hatte, konnte man sich in Sicherheit wähnen, weil es für Schröder mit den Grünen für sein zweites Kabinett reichte. Deshalb fand eine Ursachenforschung statt.

Bei der FDP ist, anders als bei den beiden großen Parteien, kein Trend, sondern ein beständiges Auf- und Ab erkennbar. Begonnen hat sie 1949 mit 2,38 Mio. Stimmen, ihren ersten Höhepunkt erreichte sie 1990 mit 5,1 Mio., wobei die Zahl wie bei allen anderen Parteien wegen der Vereinigung eine Sondersituation markiert. Ihr zweiter Höhepunkt folgte 2009 mit 6,32 Mio., auf den 2013 mit nur noch 2,08 Mio. ein Absturz in der Größenordnung von zwei Dritteln der Wähler folgte. Vermutlich können die Schwankungen der FDP darauf zurückgeführt werden, daß deren Wähler (inkl. sog. Leihstimmen) die diversen Koalitionswechsel der Partei honoriert oder abgestraft haben.

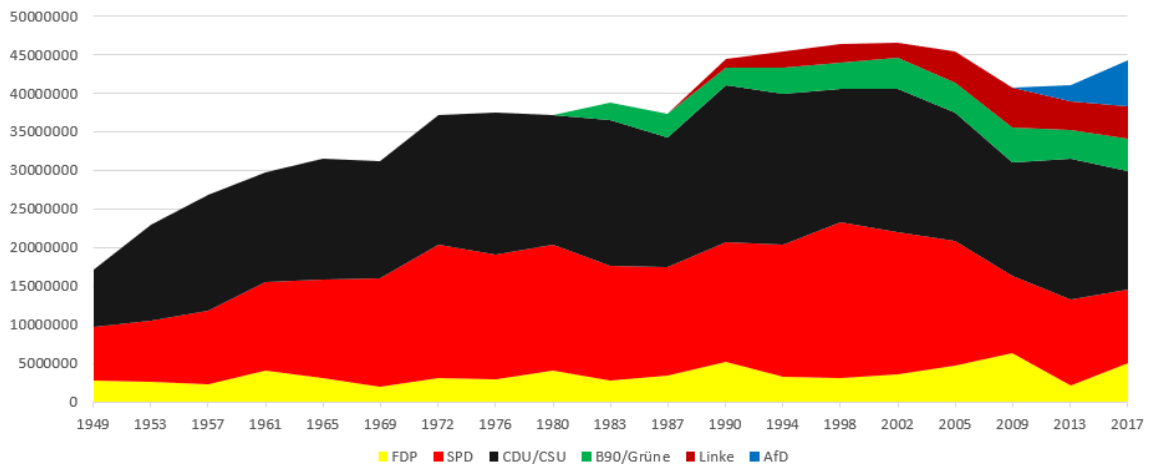
Bei Bündnis 90/Die Grünen sind die Schwankungen geringer, ist die Wählerschaft wie die Parteimitgliedschaft doch weniger volatil als bei der FDP, was auf hohe Bindungswirkung gegenüber der grünen Kernklientel hindeutet. In der Tendenz gab es eine Aufwärtsbewegung von 2,17 Mio. (1983) auf 4,64 Mio. (2009) bzw. 4,16 Mio. Stimmen (2017). Der starke Einbruch bei der Wahl 1990, der sie aus dem Bundestag fegte, dürfte auf die ambivalente Haltung zur Wiedervereinigung zurückzuführen sein, und war Anstoß in Richtung eines realistischeren Politikverständnisses, das 1998 zu rot-grün der Schröder-Ära führte. Seitdem und mit Abtritt der Gründergeneration haben sich die Grünen weiter zu einer libertär-bürgerlichen Partei entwickelt.

Die PDS/Linke ist 1990 mit mageren 1,3 Mio. Stimmen gestartet, konnte aber bis 2009 auf beachtliche 5,2 Mio. zulegen, mußte 2013 einen dramatischen Rückgang

auf nur noch 3,76 Mio. verkraften und lag 2017 bei 4,3 Mio. Der Rückgang dürfte nicht zuletzt daran gelegen haben, daß 2013 mit der AFD ein neuer Bewerber in die Arena trat, der aus dem Stand 2,06 Mio. Stimmen erzielte, aber noch an der Fünf Prozent-Hürde scheiterte, konkurrieren doch beide auch um die Stimmen von Protestwählern insbesondere in den neuen Bundesländern. Die fast Verdreifachung der Stimmen für die AFD auf 5,88 Mio. (2017) haben die Partei zur stärksten Opposition gemacht. Trotz der diversen Abspaltungen, durchaus üblich für Parteien in der Gründungsphase, kommt die AFD damit absolut fast schon in die Größenordnung, mit der SPD und Union 1949 gestartet sind. Das Ergebnis der Bundestagswahl 2017 war für die Union besonders fatal, weil sie in Richtung FDP und AFD jeweils fast 1,5 Mio. Wähler verloren hat, die durch eine einseitige Kurskorrektur nicht zurückzuholen sind. Ein strategisches Dilemma deutet sich an.

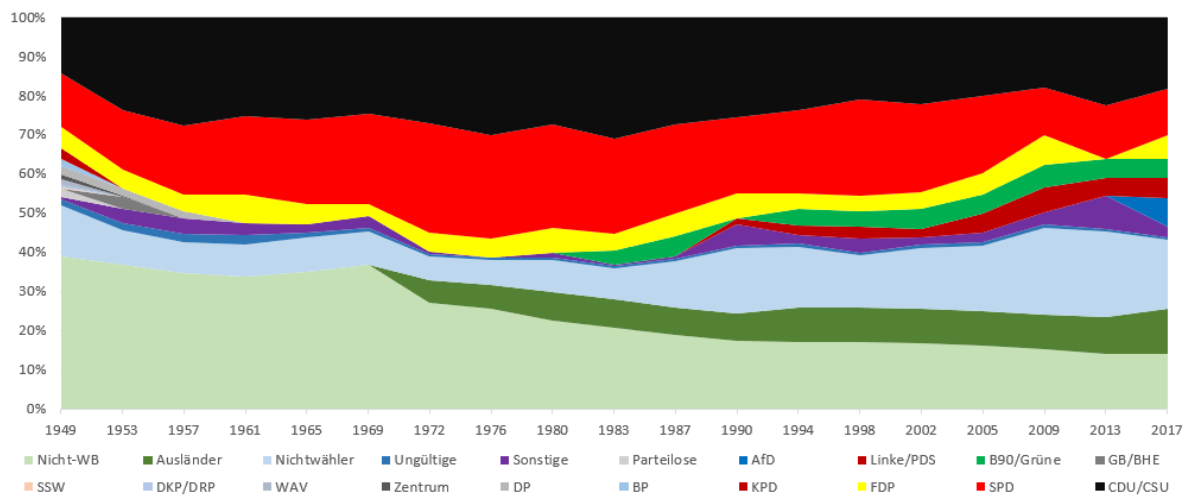
Der Blick auf das gesamte Schichtdiagramm offenbart weitere Trends, die mit dem Zeilendiagramm über die Parteimitgliedschaft korrespondieren. Die bunte Parteienzersplitterung in der Frühphase der BRD hat sich seit 1961 farblich in eine Deutschlandfahne verwandelt mit einem breiten schwarzen, einem breiten roten und einem schmalen goldenen (gelben) Balken. Dieses Bild prägte bis 1983 das Verständnis für die deutsche Parteienlandschaft und wirkte noch lange fort, obwohl die neue Auffächerung zu Lasten des schwarzen und des roten Balkens bereits begonnen hatte, der neue Flaggen (Jamaika, Kenia) bzw. Farbenspiele zuläßt. Die Jahre 1961 bis 1983 waren die Phase eines stabilen Drei-Parteien-Systems mit hoher Wahlbeteiligung und vergleichsweise wenigen Wählern, die ungültig oder Splitterparteien gewählt haben. Alles zusammen war Ausdruck einer hohen Akzeptanz der politischen Angebote der Parteien, in denen die Wähler sich repräsentiert fühlten.

Abb. 5: Alte Parteien versus Neue Parteien



Wenn man die absoluten Zahlen in eine relative Verteilung transformiert, dabei aber nicht die Relation der Parteien untereinander den Maßstab bilden, sondern die Relation der Stimmen zur Gesamtbevölkerung, offenbart sich, daß seit 1983 ein anderer Trend an Fahrt aufnimmt.

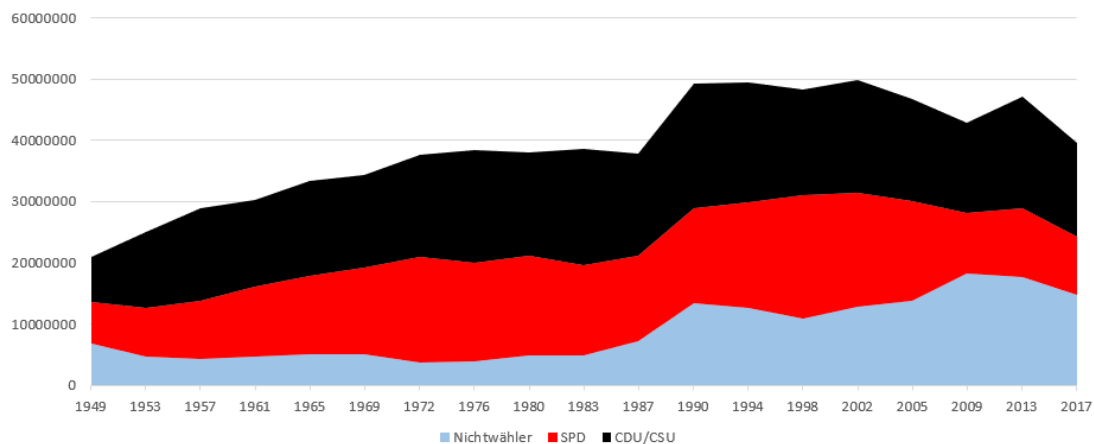
Abb. 6: Bundestagswahlen 1949-2017 (relative Verteilung)



Der unterste Balken, der Anteil der Nichtwahlberechtigten, verjüngt sich von etwa 40 auf gut 30 %, obwohl der Anteil der Ausländer bei steigender Tendenz etwa 10 % ausmacht. Den mit Abstand stärksten Zuwachs verzeichnet der Anteil der Nichtwähler auf mehr als 20 %. Hier spielt eine Rolle, wie erste Studien erkennen lassen, daß Deutsche mit Migrationshintergrund weniger von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen als Deutsche ohne Migrationshintergrund. Addiert man Nichtwähler, ungültig Wählende und Wähler der Splitterparteien, kommt man sogar auf 30 %. Demnach repräsentieren die im Bundestag vertretenen Parteien nur noch die Hälfte der

Bevölkerung, nachdem es in der „schwarz-rot-goldenen“ Epoche etwa 60 % waren. Da die gestiegene Wahlenthaltung und die neue Auffächerung des Parteiensystems nahezu ausschließlich zu Lasten der alten Volksparteien geht, repräsentieren diese zusammen nur noch 30 % der Bevölkerung, die SPD nur noch 10 %. Von Volkspartei kann bei der Union nur noch bedingt, bei der SPD keine Rede mehr sein.

Abb. 7: Volksparteien in Relation zu Nichtwählern

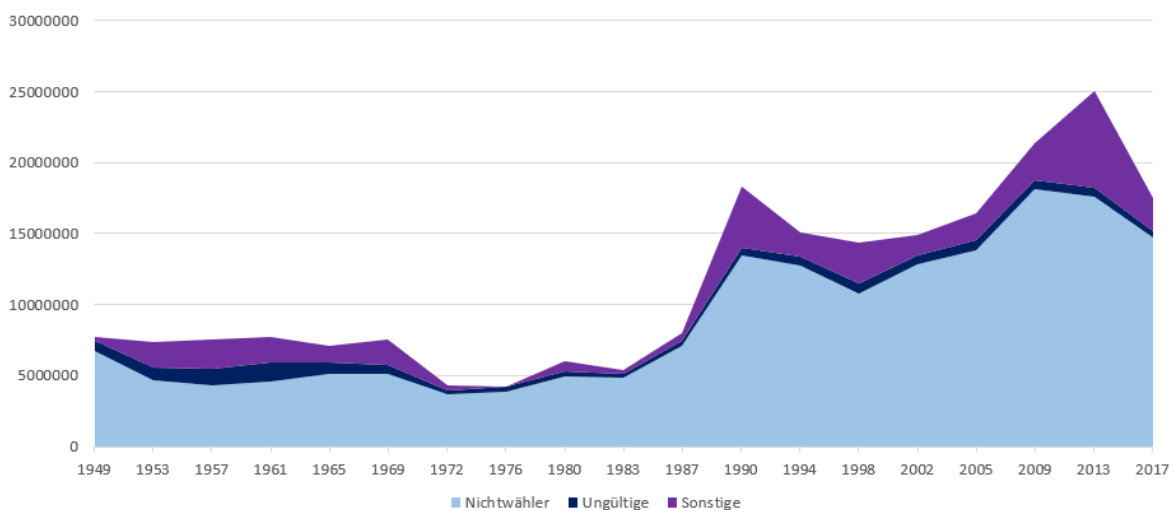


Kehren wir nochmals zur absoluten Verteilung der Stimmen zurück und reduzieren die Graphik auf die drei großen Schichten - die Nichtwähler, die Unionswähler und die SPD-Wähler. Die Nichtwähler, viele Jahre weniger als 5 Mio., waren bis 2009 auf 18,2 Mio. angewachsen und sind seitdem wieder weniger geworden, weil seit 2013 mit der AFD eine Partei kandidiert, die nicht nur den anderen Parteien Stimmen abjagt, sondern etwa die Hälfte ihrer Stimmen aus dieser Schicht rekrutiert. Die Union kam zuletzt absolut in etwa auf die Größenordnung der Nichtwähler, lag 2009 aber schon deutlich darunter. Die SPD bringt es nur noch auf etwa die Hälfte der Nichtwähler. Der klassischen Vorstellung, die die Wahlkampfstrategie der Parteien bestimmt hatte, daß 50 % der Wahlberechtigten Stammwähler, 25 % Wechselwähler und 25 % Nichtwähler sind, ist der Boden entzogen, ohne daß die neue Volatilität im Wahlverhalten wahlstrategisch reflektiert wird. Wenn es immer weniger Stammwähler gibt, dann kann man sie auch weniger berücksichtigen.

Sortiert man das Wahlverhalten nochmal anders, indem man Nichtwähler, ungültig Wählende und Wähler von Parteien, die an der Fünf Prozent-Hürde scheitern, addiert, offenbart sich ein weiterer Befund. Die schwarz-rot-goldene Phase von 1961

bis 1983 war eine Phase mit hoher Wahlbeteiligung und hohen Anteilen für die drei Parteien, die über viele Jahre die deutsche Politik bestimmt haben. Trotz wechselnder Koalitionen aus schwarz-gelb, schwarz-rot und rot-gelb haben sie die breite Mehrheit der Wahlberechtigten angesprochen. Seit 1987 verliert deren Angebot an Attraktivität. Mehr und mehr Wahlberechtigte fühlen sich nicht mehr durch die schwarz-rot-goldene Konstellation angesprochen, sondern wählen gar nicht, wählen Splitterparteien, wählen neue Parteien oder protestieren mit ihrer Stimmabgabe. Auch wenn kaum zu unterscheiden ist, wer aus Bequemlichkeit, wer aus Desinteresse und wer aus Protest nicht zur Wahl geht, wer seinen Protest zum Ausdruck bringt durch den ungültigen Stimmzettel, die Stimme für eine Splitterpartei oder durch die Wahl einer Partei, die als Protestpartei wahrgenommen wird, so vermittelt die nachfolgende Abbildung doch eine Annäherung an die Größenordnung. Zu berücksichtigen ist ferner, daß neue Parteien, die erstmals die Fünf Prozent-Hürde überspringen, wie die Grünen, die PDS/Linke oder die AFD in ihren Frühphasen oder dauerhaft anziehend auf Protestwähler wirken, was erklärt, warum es auch Wechselwähler von den Grünen zu den Linken und sogar zur AFD sowie den Linken zur AFD gibt. Letzteres gilt insbesondere für Ostdeutschland. Insofern müßte die Graphik sogar noch um eine kaum quantifizierbare Schicht „Protestwähler“ erweitert werden.

Abb. 8: Nichtwähler + ungültig Wählende + Sonstige (absolut)

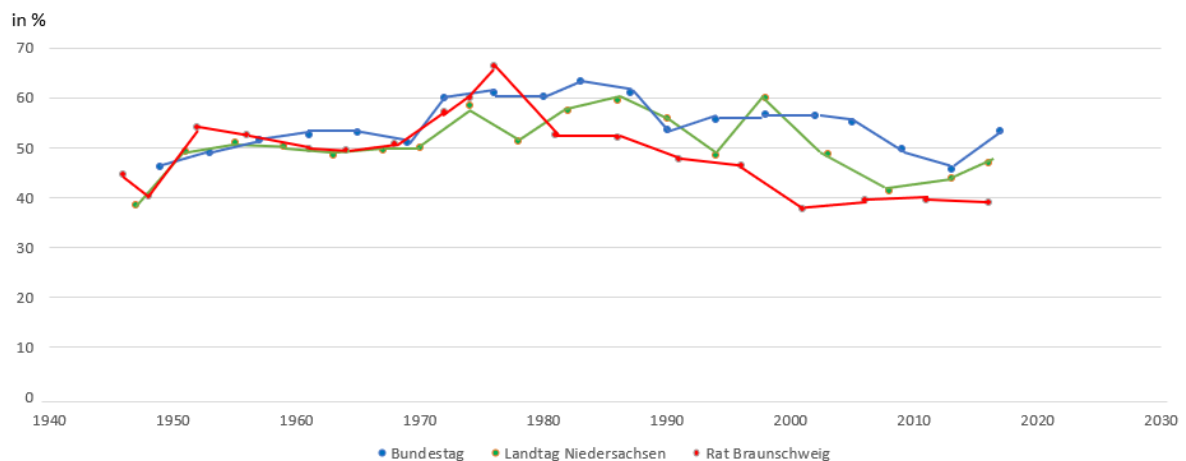


Die Summe der drei Gruppen hatte sich zwischen 1949 und 1972 von etwa 8 Mio. auf etwa 4 Mio. halbiert und verharrte bis 1983 bei etwa 5 Mio., ein weiterer Beleg für die damalige Akzeptanz des Drei Parteien-Systems. Seitdem ist ein dramatischer Anstieg in der Addition der drei Gruppen auf etwa 15 Mio. (1990) und sogar 20 Mio.

(2013) zu verzeichnen. Die beiden Spitzen von 1990 und 2013 verzerren insofern den Eindruck, da erst die Grünen und dann die FDP knapp an der Fünf Prozent-Hürde gescheitert sind. Zählt man allerdings 1990 statt der Grünen die 1,3 Mio. der PDS und 2017 die 5,9 Mio. Stimmen für die AFD und einen Prozentsatz der 4,3 Mio. Stimmen für die Linken hinzu, sind wir bei einem stabilen Sockel von etwa 25 Mio. Wahlberechtigten angelangt, die durch ihr Wahlverhalten Desinteresse, Unzufriedenheit oder Ablehnung gegenüber den etablierten Parteien, zu denen mittlerweile auch die Grünen gezählt werden, zum Ausdruck bringen - eine Größenordnung, die dringend eine Erklärung verlangt.

Wenn man von der Ebene der Bundestagswahlen auf die Ebene der Landtagswahlen oder gar der Kommunalwahlen herabsteigt, wird der Eindruck noch deutlicher, weil hier die Wahlbeteiligung noch stärker rückläufig ist. Als Beispiele werden die Landtagswahlen in Niedersachsen von 1947 – 2017 und die Ratswahlen für die Stadt Braunschweig von 1946 – 2016 herangezogen und analoge Berechnungen angestellt.¹⁶

Abb.9: Repräsentationsquoten für Bundestag, Niedersächsischen Landtag und Rat der Stadt Braunschweig 1946-2017



Die in der Abbildung zum Ausdruck kommenden Repräsentationsquoten, definiert als der Anteil der Bevölkerung, der in den Parlamenten vertreten ist, nehmen auf allen drei Ebenen einen ähnlichen Verlauf. Von einem niedrigen Ausgangsniveau Ende

¹⁶ Die entsprechenden Zeitreihen wurden zwar erhoben und auch in analoge Graphiken umgesetzt, werden hier aber aus Platzgründen nicht präsentiert. Die der Grafik zugrundeliegenden Daten werden vom Bundeswahlleiter bzw. dem Landeswahlleiter Niedersachsen veröffentlicht.

der 1940er Jahre steigen sie auf 60-65 % in den 1970er/80er Jahren, um dann wieder auf das Ausgangsniveau abzusinken – allerdings mit der Besonderheit, daß der Anstieg auf allen drei Ebenen nahezu gleichmäßig verläuft, der Abfall auf der Landes- und besonders auf der Gemeindeebene stärker ausgeprägt ist. Der Unterschied im Prozentsatz der Bevölkerung, der in den Parlamenten repräsentiert wird, kann zwischen Bundes- und Gemeindeebene in manchen Jahren bis zu 20 % betragen. Würde man als Beispiel ein ostdeutsches Bundesland oder eine ostdeutsche Kommune heranziehen oder würde man sich auf die Ebene von Wahlkreisen oder gar Stimmbezirken begeben und hier bürgerliche Viertel mit sozialen Brennpunkten vergleichen, wäre die Repräsentationskluft noch krasser. Dabei mag eine Rolle spielen, daß Bundestagswahlen als wichtiger angesehen werden, obwohl doch gerade Kommunalwahlen eine unmittelbarere Bedeutung für den einzelnen Wähler haben. Erst mit Auftreten der AFD stieg auf Bundes- wie auf Landesebene die Repräsentationsquote wieder an. Die nachlassende Repräsentation als eine bloße Anpassung an amerikanische Verhältnisse zu interpretieren, weil dort eine Wahlbeteiligung von 50 % die Regel ist, ist nicht zulässig, weil dort die Hürde der Registrierung besteht. Jeder Wähler muß vor der eigentlichen Wahl aktiv werden, um wählen zu können. In Deutschland wird jeder Wahlberechtigte automatisch ins Wählerverzeichnis aufgenommen. Zwischenfazit: Die Demokratie ist in der Krise.¹⁷ Der Anspruch der Bundesrepublik, eine Repräsentative Demokratie zu sein, ist nachhaltig beschädigt. Bereits von deren Ende zu sprechen, ist sicher überzogen. Der Weg dahin ist aber beschränkt.

Da Bundestagswahlen wegen des großen Zuschnitts der Wahlkreise eine differenzierte parteipolitische Analyse kaum möglich machen, da ländliche Gebiete oder Stadtviertel mit ganz unterschiedlicher sozialer Zusammensetzung dazu gehören können, im Falle von mittelgroßen Städten diese nur einen einzigen Wahlkreis bilden, gar mit den umliegenden ländlichen Gemeinden zusammengefaßt werden, bietet es sich an, die kleineren Landtagswahlkreise oder gar Stimmbezirke heranzuziehen. Besonders aussagekräftig für den politischen Strukturwandel sind die großstädtischen Wahlkreise. Als aktuelle Beispiele dienen die Landtagswahl in Berlin 2016 und die

¹⁷ Rainer Forst, Zwei schlechte Hälften ergeben kein Ganzes. Die Krise der Demokratie ist gravierend. In: Frankfurter Rundschau vom 11.11.2018.

Ergebnisse in München und Frankfurt bei den bayerischen und hessischen Landtagswahlen 2018.

Abb. 10: Landtagswahlen in Berlin, München und Frankfurt nach Wahlkreisen/Stimmbezirken



Quelle: Landeswahlleiter Berlin; Landeswahlleiter Hessen; Frankfurter Rundschau vom 30.10.2018

In den 78 Berliner Stimmbezirken der Wahl zum Abgeordnetenhaus 2016 war die SPD in 28, die CDU in 21, die Grünen und Linken in je 12 und die AFD in 5 die stärkste Partei. Die geographische Verteilung der farblich abgesetzten Stimmbezirke macht eine doppelte Spaltung der Stadt deutlich. Die CDU kam insgesamt auf 17,6 % und erscheint als fast lupenreine Westpartei, hat sie doch 19 ihrer 21 Stimmbezirke im ehemaligen Westberlin und dort ausschließlich in den Randbezirken mit Schwerpunkt im Westen von Westberlin, den gut bürgerlichen Stadtteilen wie Zehlendorf, gewonnen. In Berlin kann von der CDU als Volkspartei keine Rede mehr sein. Die SPD, früher, d.h. in ganz Berlin zur Zeit der Weimarer Republik und in Westberlin zur Zeit der Spaltung der Stadt, mit Abstand die stärkste Partei, konnte ihre Führungsposition mit 21,6 % nur ganz knapp behaupten und hat ihre 28 Stimmbezirke in einem Ring um die eigentliche Innenstadt gewonnen, der auch die ehemals Ostberliner Stadtteile einbezieht. Die Grünen kamen auf Platz 4 mit 15,2 % und gewannen die innerstädtischen Stimmbezirke im Westen und z.T. auch im Osten. Die Linkerreichte 15,6 %, konzentriert auf den östlichen Rand des ehemaligen Ostberlins, der durch die Plattenbausiedlungen geprägt wird. Sie muß sich dort aber bereits der Konkurrenz durch die AFD erwehren, die 14,2 % erreicht und bereits fünf Stimmbezirke gewonnen hat, die früher an die Linke gegangen wären. In Marzahn-Hellersdorf haben Linke und AFD zusammen fast 50 % erreicht, in Friedrichshain-Kreuzberg die Grünen allein 32,8 %. Insofern ist Berlin ein Abbild des politischen Strukturwandels in

der Nußschale. Es gehört nicht viel Phantasie dazu sich vorzustellen, daß die Landtagswahl 2020 die grünen zu Lasten der roten und schwarzen, die blauen zu Lasten der dunkelroten Stimmbezirke stärken wird und daß es im Gesamtergebnis fünf etwa gleichstarke Parteien geben wird. Sowohl die Grünen wie die AFD haben die Chance, stärkste Partei in der Stadt zu werden.

In München, eine besonders wohlhabende und bezüglich der Immobilien und Mieten teure Stadt, ergibt sich ein ganz anderes Bild. Von den neun Landtagswahlkreisen der Stadt sind 2018 fünf an die Grünen und vier an die CSU gefallen. Bezogen auf die gesamte Stadt haben die Grünen die SPD als stärkste Kraft abgelöst. Die SPD, die lange Zeit den Oberbürgermeister stellte, ist leer ausgegangen. Zu Berlin gibt es allerdings die Parallele, daß alle innerstädtischen Wahlkreise - nicht nur der Szene-Stadtteil Schwabing, sondern auch ehemalige Arbeiterviertel wie Milbertshofen an die Grünen gefallen sind. Die CSU konnte nur die Randbezirke im Westen und Osten wie den Villenvorort Bogenhausen, quasi das Zehlendorf von München, behaupten. Linke und AFD spielen anders als in Berlin kaum eine Rolle, weil es hier keine vergleichbaren sozialen Brennpunkte gibt.

Bleibt schließlich Frankfurt, als ebenfalls „teure Stadt“ strukturell eher mit München als mit Berlin vergleichbar. Die sechs Frankfurter Landtagswahlkreise sind in 46 Stimmbezirke unterteilt. Bei der Landtagswahl 2018 konnte die SPD als ehemals stärkste Partei gerade noch zwei im äußersten Osten, im ehemaligen Arbeiterviertel am Riederwald, wo die Eintracht ihr Vereinsstadion unterhält, behaupten. Die CDU gewann 18 Stimmbezirke ähnlich wie die CSU in München in den Randbezirken im Westen, Süden und Norden der Stadt. Eigentlicher Gewinner waren die Grünen mit 24 Stimmbezirken, die die gesamte Innenstadt und die innenstadtnahen Stadtteile abdecken. Wie in München sind die Grünen auch in Frankfurt zur stärksten Partei aufgestiegen, ist die SPD auf Platz drei zurückgefallen.

In der Gesamtschau aller drei Städte läßt sich eine klare Tendenz erkennen. Die Grünen haben die großen Städte, vor allem die mittelständischen Wohnviertel und nicht nur die Szeneviertel wie Kreuzberg, Schwabing oder das Frankfurter Nordend, erobert. Die SPD verliert hier besonders, selbst in den ehemaligen Arbeitervierteln, und fällt auf Platz drei zurück. Die Union behauptet sich in den Villenvierteln und den städtischen Randgebieten, die in das ländliche Umland übergehen. Die Linke ist stark in den sozialen Brennpunkten, insbesondere in den anonymen

Plattenbausiedlungen, muß sich dort aber der AFD erwehren. Eine mehr Städte erfassende Analyse würde zeigen, daß die AFD die aufsteigende, manchmal bereits die dominante, Kraft in den sozialen Brennpunkten der alten Bundesrepublik ist, die vom Strukturwandel besonders betroffen sind - etwa in den besonders gebeutelten Vierteln des Ruhrgebiets. Hier ist auch die Wahlbeteiligung unterdurchschnittlich. Im Osten Deutschlands ist sie es auch in der Fläche und tritt dort in Konkurrenz zur vormals dominanten Linken. Damit bietet sich ein weiteres Zwischenfazit an: Die Aufsteiger im deutschen Parteiensystem sind die Grünen und die AFD. Erster Verlierer ist die SPD, zweiter Verlierer ist die Union, die an die Grünen, die FDP und die AFD verliert. Soweit die empirischen Befunde. Wie verhalten diese sich gegenüber den theoretischen Angeboten der Parteienforschung?

Ursachen

Der klassische Aufsatz zur Analyse von Parteiensystemen stammt von Seymour Martin Lipset und Stein Rokkan und ist 1967 unter dem Titel „Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments“.¹⁸ Darin entwickeln die beiden Autoren ihr sog. Cleavage-Konzept. Mit dem Begriff „cleavage“ (Spaltung, Kluft) sind innergesellschaftliche Konflikt- oder Bruchlinien gemeint, an denen sich in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts Parteien bei ihrer Formierung orientiert haben, soweit sie sich als Massenparteien und nicht als Honoratiorenparteien mit persönlichen Verbindungen und Netzwerken verstanden. Insofern hat das Konzept eine empirische, eine normative und eine institutionell-organisatorische Dimension. Diese Konfliktlinien sind sowohl als sozio-ökonomische wie als kulturelle zu verstehen, die sich, wenn sie sich überlappen, gegenseitig verstärken. Die vier von Lipset/Rokkan identifizierten klassischen Konfliktlinien verlaufen entlang der Gegensätze Kapital und Arbeit, Staat und Kirche, Stadt und Land sowie Zentrum und Peripherie. Unter letzterer sind Konflikte zwischen der Mehrheitsgesellschaft und nationalen, religiösen oder sonstigen Minderheiten gemeint. Bezogen auf die deutsche Parteiengeschichte ist augenscheinlich, daß sich die Sozialdemokratie über den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, das Zentrum als politische Vertretung der katholischen Minderheit im Kaiserreich

¹⁸ Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. I. Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press 1967. S. 1-64.

über den Konflikt zwischen Staat und Kirche, die Konservativen als Vertreter der agrarischen und die Liberalen als Vertreter der gewerblichen Interessen über den Konflikt zwischen Land und Stadt formiert haben. Der Zentrum-Peripherie-Konflikt, in Großbritannien oder in Spanien von hoher Relevanz, war in Deutschland eher nachrangig, äußerte sich aber in Parteien, die die Interessen der polnischen, dänischen oder französischen (Elsaß) Minderheiten vertreten haben. Lediglich der BHE als Partei der „Heimatvertriebenen und Entrechteten“ entsprach in der Frühphase der BRD dieser Konfliktlinie. Daß die kulturelle Dimension ggf. stärkere Prägekraft als die sozio-ökonomische haben konnte, zeigt die politische Orientierung der katholischen Arbeiterschaft, die, gestützt auf die Katholische Soziallehre, damals im Ruhrgebiet Zentrum und nicht SPD wählte. Heute findet der Arbeitnehmerflügel des Zentrums seine Fortsetzung in den CDU-Sozialausschüssen. Da das Zentrum den katholischen Unternehmer, Angestellten, Arbeiter und Bauern vertrat, paßte es wie heute die Grünen nicht in das Links-Rechts-Schema, sondern positionierte sich im Reichstag in der Mitte und war nach allen Seiten koalitionsfähig.

Damit Parteien zu Massenparteien im Sinne von Mitglied- und Wählerschaft werden und es auch bleiben, bedarf es aber nicht nur der Orientierung an gesellschaftlichen Konfliktlinien, sondern auch der sozialen Milieus, in die die Parteien eingebettet sind. Die Milieus sorgen dafür, das Bewußtsein seiner Angehörigen ideologisch zu überformen, damit, um mit Marx zu sprechen, aus dem Bewußtsein an sich ein Bewußtsein für sich wird. Im Falle der Sozialdemokratie war es das gewerkschaftliche Milieu, das aber nicht nur aus den Gewerkschaften selber, sondern auch aus dem dritten Bein der Arbeiterbewegung, den Genossenschaften (Konsum, Neue Heimat, Volksfürsorge, Bank für Gemeinwirtschaft), der Arbeiterwohlfahrt, dem Arbeiter Samariter Bund, der Büchergilde, den Verlagen und Zeitschriften und nicht zuletzt den Vereinen der Arbeiterbewegung (Jugendgruppen wie die Falken, Bergmannskapelle, Taubenzüchter, Liedertafel), hier vor allem des Arbeitersports bestand – jenen Vereinen, die die Begriffe „Eintracht“ oder „Rotweiß“ im Namen trugen. Bismarcks Sozialistengesetze haben das Milieu sogar gestützt, weil die Arbeiterbewegung ins Vereinsleben ausgewichen ist. Heute sind es Bildungseinrichtungen wie die Akademie für Arbeit oder Arbeit und Leben, die Stipendienprogramme der Hans Böckler- und Friedrich Ebert-Stiftung, die nicht nur die Parteielite qualifizieren, sondern auch die Mitglieder im Sinne der Parteiprogrammatik erreichen wollen. Das korrespondierende Milieu für das Zentrum war das kirchliche Milieu - nicht nur die Katholische Kirche selber mit

dem sonntäglichen Kirchgang und dem „Hirtenbrief“ vor der Wahl, den Festen des Kirchenjahrs und den von der Kirche begleiteten Familienfeiern von der Taufe über die Hochzeit bis zum Begräbnis, sondern auch die von der Kirche unterhaltenen Institutionen in den Bereichen Kindergarten, Schule, Kranken- und Altenpflege und die Organisationen auf Gemeindeebene vom Kirchenchor über die Jugendgruppe bis zum Seniorenkreis. Für die Konservativen können die agrarischen Genossenschaften und Vereine (Landjugend, Landfrauen), aber auch die militärischen (Stahlhelm) und politischen (Vereinigte Vaterländische Verbände, Kyffhäuserbund, Kolonialverein etc.) Verbände genannt werden. Die Liberalen entsprachen eher dem Typus der Honoratiorenpartei, zumal sie in einen nationalliberalen (wirtschaftsliberalen) und einen freisinnigen (linksliberalen) Flügel gespalten waren, der Selbständige bzw. Beamte und Intellektuelle ansprach und sich in zwei Parteien äußerte. Solange die gesellschaftlichen Konfliktlinien relevant und die zugehörigen Milieus intakt waren, haben sie die Stabilität von Massenparteien garantiert. In ein gewerkschaftliches oder kirchliches Milieu wurde man regelrecht hineingeboren, hat ganz selbstverständlich dessen politische Orientierung übernommen, ist ggf. Parteimitglied geworden. Ein intaktes Milieu sorgte sogar dafür, daß eine stumpfer werdende oder sich ganz abschleifende gesellschaftliche Konfliktlinie bezüglich der Parteibindung kompensiert wurde.

Diese Milieus sind analog zu den Parteien in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstanden, haben die Zeit des Kaiserreichs, der Novemberrevolution, der Weimarer Republik und latent sogar der NS-Zeit überlebt, um in der Gründungsphase der BRD wieder aufzublühen. Sie bildeten die Basis für die Wiederbelebung der alten Parteien. Die CDU als Union und nicht als Partei war am ehesten eine Neugründung, weil sie den rheinisch-westfälischen Rahmen des Zentrums sprengte und die Protestanten in Norddeutschland, ehemals Wähler der Konservativen bzw. Deutschnationalen, anzusprechen vermochte. SPD und CDU mutierten so von einer Klassenpartei bzw. einer Katholischen Partei in den 1950er und 1960er Jahren zu Volksparteien links und rechts der Mitte. Die CSU als Nachfolgerin der Bayernpartei blieb eine katholische Partei. Lediglich die Liberalen konnten sich im Unterschied zu den anderen kleinen Parteien als dritte Kraft behaupten, weil sie den nationalliberalen (ehemals DVP) und den linksliberalen (ehemals DDP) Flügel parteipolitisch vereinigten, blieben aber weiter dem Typus der Honoratiorenpartei mit nur geringer Mitgliedschaft verhaftet – nicht zuletzt weil ihnen das breitenwirksame Milieu der Sozialdemokraten und Christdemokraten fehlte.

Der empirische Befund hatte gezeigt, daß seit Mitte der 1970er Jahre erst bei der SPD und fünf Jahre später bei der Union die Mitgliedschaft rückläufig war und seit Mitte der 1980er Jahre auch die Zahl der Wähler. Im Sinne der Cleavage-Theorie kann dieser Schwund damit erklärt werden, daß die klassischen Konfliktlinien aufgrund von Strukturwandel und Säkularisierung ihre Prägekraft zur Segmentierung der Gesellschaft verloren haben und daß mit einiger Zeitverzögerung auch die klassischen Milieus der Volksparteien austrocknen bzw. zerbröseln. Umgekehrt haben sich neue Konfliktlinien aufgetan, für die die alten Parteien kein adäquates politisches Angebot liefern. An den neuen Konfliktlinien orientieren sich die neuen Parteien, die auch durch die Entstehung neuer Milieus unterfüttert werden.¹⁹ Alle Faktoren zusammen haben in den 1980er Jahren den Rahmen des gewohnten 2 ½-Parteiensystems unwiderruflich gesprengt.

Die erste der neuen Parteien waren die 1979 gegründeten Grünen, nach der Wiedervereinigung um das Bündnis 90 der Oppositionsgruppen aus der Wendezeit der ehemaligen DDR erweitert. Die neue gesellschaftliche Bruchlinie, die zur Formierung der Grünen geführt hat, war und ist der Konflikt zwischen Ökonomie und Ökologie und als Folge der Studentenbewegung zwischen einem libertären und einem autoritären Gesellschaftsverständnis – beides zu Zeiten von Lipset und Rokkan noch nicht manifest und deshalb auch nicht thematisiert. Zu dieser neuen Konfliktlinie verhalten die alten Parteien sich ambivalent, weil sie sich weiter an den alten orientieren und im Zweifelsfalle den ökonomischen Interessen Vorrang vor den ökologischen geben. Die Grünen, aus einer Bewegung entstanden, konnten sich als Partei festigen, weil sie in ein neues Milieu eingebettet sind, das aus den vielen Umweltinitiativen und Umweltorganisationen gespeist wird und ergänzt wird durch Gruppen, die sich den neuen Themen Gender, Abrüstung und Frieden, Menschenrechte und Minderheitenschutz sowie neuerdings Integration von Migranten widmen. Auch wenn es Schnittmengen zum gewerkschaftlichen und zum kirchlichen Milieu gibt, so gibt es doch auch Berührungspunkte und offene oder latente Abwehr. Hinzu kommt, daß es sich um ein junges Milieu handelt, das für idealistisch gesinnte Jugendliche attraktiv ist, die eine hohe Einsatzbereitschaft zeigen, es mit Leben zu füllen. Das war früher beim

¹⁹ Vgl. dazu Holger Onken, Parteiensysteme im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS 2013; Elmar Wiesendahl, Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niedermayer 2013. S. 13-60.

gewerkschaftlichen und kirchlichen Milieu ähnlich, doch sind diese in die Jahre gekommen. Da gerade Umweltprobleme eine internationale Dimension haben, sind die Angehörigen des grünen Milieus und ihrer Partei, grundsätzlich bereit, nationale Souveränität an Internationale Organisationen abzugeben, sind Befürworter von „Global Governance“, weil nur auf globaler Ebene ein adäquater Umgang mit Umweltproblemen möglich ist.

Die zweite neue Partei, die Linke, ist eigentlich eine ganz alte, setzt sie doch die Tradition der PDS fort, die wiederum als nur umbenannte Nachfolgepartei der SED angetreten ist. Allerdings vermochte sie die linken Splittergruppen der alten Bundesrepublik und den linken Flügel der SPD, der sich kurzzeitig als WASG selbständig gemacht hatte, zu absorbieren. Insofern hat sich der linke Flügel des politischen Spektrums wie zu Zeiten der Weimarer Republik in zwei Parteien gespalten mit der fatalen Konsequenz der Fragmentierung des gewerkschaftlichen Milieus, das ohnehin unter Druck steht. Da die Masse der Wähler und anfänglich auch der Mitglieder der Linken aus dem Osten Deutschlands stammte, orientiert sie sich nicht nur an der Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit, sondern auch (oder sogar vornehmlich) an der Renaissance der vierten der klassischen Konfliktlinien, nämlich der zwischen Zentrum und Peripherie. Das Zentrum ist aus dieser Sicht die Mehrheitsgesellschaft der „Vereinigungsgewinner“ im Westen, die Peripherie die Minderheitsgesellschaft der „Vereinigungsverlierer“ im Osten - auch unter den Begriffen Wessis und Ossis geläufig. Die Linke kann sich im Osten auf ein Milieu stützen, das aus den Hinterlassenschaften der SED und ihrer Vorfeldorganisationen gebildet wird. Dieses trocknet allerdings aus aufgrund der Transformation des Ostens wie der Überalterung der Parteimitglieder. Das Milieu links der SPD im Westen ist zu klein, um den Milieuverlust im Osten zu kompensieren. Hinzu kommt, daß die traditionelle Linke eine internationalistisch-solidarische Orientierung hat, die „Verlierer“ im Osten aber eine nationale, um nicht zu sagen nationalistische Orientierung, haben, die aus ihrer „Verlierer-Perspektive“ resultiert. Konsequenz ist die sich anbahnende Spaltung in linke Internationalisten und linke Populisten bzw. internationale und nationale Sozialisten. Der Begriff ist uns noch zu geläufig.

Die dritte und jüngste der neuen Parteien ist die Alternative für Deutschland, die sich weniger für als gegen etwas positioniert. Sie hat sich formiert vor dem Hintergrund einer weiteren neuen gesellschaftlichen Konfliktlinie als Folge der Globalisierung. Globalisierung erzeugt im Gegensatz zur neoliberalen Ideologie nicht nur Gewinner,

sondern auch Verlierer im Weltmaßstab wie in jedem einzelnen Land.²⁰ Das gilt gerade für ein so wohlhabendes und sozial abgesichertes Land wie Deutschland. In den neuen Bundesländern kann man sich so gleich zweimal auf der Verliererseite wähnen – als Opfer der Wiedervereinigung und als Opfer der Globalisierung. Diese neue Konfliktlinie hat zur Etablierung der AFD als Partei der Abgehängten geführt, die folglich im Osten stärker ist als im Westen. Deshalb tritt sie dort in Konkurrenz zur Linken, wie etwa die Wahlergebnisse in den Stimmbezirken im Osten von Ostberlin zeigen. Bei der Konfliktlinie zwischen einem libertären und einem autoritären Gesellschaftsverständnis stehen sie stärker noch als die Union auf der autoritären Seite. Da auch ein die AFD stützendes Milieu im Entstehen ist, gebildet aus Vorfeldorganisationen wie Pegida und Pro Chemnitz, den Reichsbürgern und Identitären, den neuen rechten Kampfsportgruppen und den Rockern und Hooligans mit gleitendem Übergang zu Alt- und Neonazis jeglicher Couleur, ist davon auszugehen, daß auch die AFD sich trotz mehrfacher Häutung und Abstoßung des bürgerlich-konservativen Flügels dauerhaft im Parteiensystem etabliert.

Globalisierung hat nämlich nicht nur eine sozioökonomische Dimension, die am ehesten durch staatliche Intervention bearbeitet werden kann, sondern auch eine kulturelle, die eine weitere Kluft zwischen dem libertären-multikulturellen und dem autoritär und ggf. religiös-fundamentalistischen markiert. Derzeit wird sie besonders durch den Umgang mit der Migration vertieft. Da die jüngsten Flüchtlingsströme den Charakter einer neuen weltweiten Völkerwanderung angenommen haben, die die quantitative Dimension früherer Arbeitsmigration weit übertrifft und die Migranten nicht nur aus kulturell benachbarten, sondern auch kulturell fernen Herkunftsländern stammen, hat die kulturelle gegenüber der sozioökonomischen Dimension der neuen Konfliktlinie an Bedeutung gewonnen. Die AFD profitiert weniger von der befürchteten Konkurrenz um Arbeitsplätze, als vielmehr von der Ablehnung kultureller Überfremdung.

Der politische Umgang mit Globalisierung kennt grundsätzlich zwei Reaktionen. Die eine, eher funktionalistisch motivierte, lautet Global Governance. Wenn der Nationalstaat gegenüber den Kräften eines entfesselten Weltmarkts überfordert ist, muß er

²⁰ Vgl. dazu Hanspeter Kriesi/Edgar Grande/Romain Lachat/Martin Dolezal/Simon Bornschieer/Timotheos Frey, *Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared*. In: *European Journal of Political Research* 45.2006. S. 921-956; Hanspeter Kriesi u.a., *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press 2012.

auf eine transnationale Ebene gehoben werden. Nationale Souveränität muß an internationale Organisationen abgegeben werden. In Europa ist das die EU. Die klassische ökonomische Theorie besagt, daß grenzüberschreitender Waren-, Kapital- und Arbeitskräfteverkehr grundsätzlich positiv ist, weil er zu einer weltweit optimalen Allokation der Produktionsfaktoren nach Maßgabe komparativer Vorteile führt. Migration ist demzufolge positiv und lindert hier den Mangel an Arbeitskräften, der aus der Überalterung der Gesellschaft resultiert, und reduziert dort die Arbeitslosigkeit als Folge der Verjüngung. Es bedarf nur der entsprechenden Steuerung auf suprastaatlicher Ebene – etwa durch ein Einwanderungsgesetz oder einen Migrationspakt. Auch die kulturelle Dimension von Globalisierung wird als positiv wahrgenommen, weil sie die eigene Gesellschaft in vielfacher Weise bereichert und diese in eine multikulturelle transformiert. Die Einwanderungsgesellschaft USA hat diesen Mythos (vor Trump) lange kultiviert und so die Mobilen und Risikobereiten angezogen. Deshalb sind die Gewinner der Globalisierung für Global Governance, für globale Umweltabkommen, für den Migrationspakt, für Europa, für Einwanderung, für Freihandel, für Öffnung in jeder Hinsicht. Sie bilden das kosmopolitische Milieu der Gebildeten, Aufgeklärten, Weitgereisten, Fremdsprachenkundigen, Umweltbewußten, ehrenamtlich Tätigen, überdurchschnittlich Verdienenden, Spendenbereiten, sich als soziale Aufsteiger Verstehenden, in den innerstädtisch-bürgerlichen Vierteln der großen Städte Lebenden. Aus diesem Milieu rekrutiert sich die wachsende Zahl von Wählern und Mitgliedern die Grünen, wie die Analyse der Wahlergebnisse in Berlin, München und Frankfurt zeigen konnte. Diese haben sich von den alten Volksparteien abgewandt oder stoßen als nachgeborene Erstwähler direkt dazu.

Die andere Reaktion auf Globalisierung lautet Abschottung im weitesten Sinne. Im wirtschaftlichen Sinne heißt das Protektionismus und im politischen Sinne Rückzug aus internationalen Abkommen und Organisationen, um nationale Souveränität und verlorenen Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen. Bezüglich der kulturellen Dimension bedeutet es Einschränkung, am Besten völlige Unterbindung, der Migration – gleichviel ob es sich um Kriegsflüchtlinge, politisch Verfolgte oder Arbeitsmigranten handelt. Weil die EU Freizügigkeit garantiert, ist man bereits deshalb gegen sie, wie das Brexit-Votum gezeigt hat. Der neue Nationalismus ist demnach ebenso sozio-ökonomisch wie kulturell bestimmt. Hier liegt das gemeinsame Motiv von Trump-Wählern, Brexit-Befürwortern, Gelbwesten (Gilets jaunes), Anhängern der Lega Nord

oder der AFD. Dieses Milieu wird von Wolfgang Merkel Kommunitarismus²¹ genannt, der sich vom landläufigen Verständnis des Kommunitarismus als eines dritten Weges zwischen Staat und Markt unterscheidet. Man könnte es auch Populistisches Milieu nennen. Politisch kann es sich sowohl in neuen nationalistischen Parteien wie in neuen Strömungen innerhalb der alten Parteien wie z.B. der Tea Party äußern.

Das kirchliche wie das gewerkschaftliche und selbst das kosmopolitische Milieu versprechen Heilsutopien im Jenseits bzw. im Diesseits für die Zukunft. Das Kommunitaristisch-populistische Milieu, in der linken wie in der rechten Version, ist auch deshalb so attraktiv, weil es, ganz explizit in der Person seines Propheten Donald Trump, diese Utopie für das Hier und Jetzt verspricht, wenn man nur die ausländische Konkurrenz fernhält, die Grenzen gegen Migranten dicht macht, dem Nationalstaat durch Austritt aus Internationalen Organisationen die verlorene Souveränität zurückgibt.

In Deutschland stehen die alten Volksparteien vor mehreren Problemen. Die alten gesellschaftlichen Konfliktlinien schleifen sich ab. Wenn der Bandarbeiter bei VW einen Stundenlohn von 45 Euro erhält, abgesichert ist durch betriebliche Mitbestimmung und eingebettet ist in hohe Sozialleistungen, wenn die Forderung „Bildung für alle“ bei einer Abiturientenquote von nahezu 50 % eines Jahrgangs erfüllt ist, dann schwindet die Konfliktlinie zwischen Kapital und Arbeit. Wenn die genossenschaftlichen Betriebe verschwunden sind, die Gewerkschaften rückläufige Mitgliederzahlen haben, die Zechen stillgelegt sind, im Stahlwerk nur noch Computer den automatisierten Prozeß steuern und selbst die Bergmannskapelle und der Taubenzüchterverein Nachwuchsprobleme haben, dafür aber der besagte Bandarbeiter von VW sich eine Kreuzfahrtreise in die Karibik leisten kann, dann vertrocknet und zerbröseln das gewerkschaftliche Milieu, das den Zulauf für die SPD gespeist hat. Sie ist das Opfer des eigenen Erfolgs geworden, weil die dank ihrer Politik geförderten sozialen Aufsteiger das Milieu verlassen. Nicht mehr mit ihr, sondern gegen sie zieht die neue Zeit.

Für das kirchliche Milieu gilt ähnliches. Mittlerweile ist ein Drittel der Bevölkerung nicht mehr Kirchenmitglied. Von denen, die Kirchensteuer zahlen, nimmt nur eine

²¹ Wolfgang Merkel, Wolfgang, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (eds.), Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer VS 2017. S. 9-23.

weiter schrumpfende Minderheit regelmäßig am Gottesdienst teil. Also ist auch der Zuspruch zum Gemeindeleben und zum kirchlichen Vereinsleben rückläufig, erreicht der „Hirtenbrief“ nur noch wenige, wird auf die kirchliche Trauung oder die Teilnahme des Pastors beim Begräbnis weniger Wert gelegt. Hinzu kommt wie im gewerkschaftlichen Milieu das Problem der Überalterung. Jede Organisation, jeder Verein, jede Gruppe stirbt im doppelten Sinne des Wortes, wenn der Nachwuchs ausbleibt. Diese Tendenzen sind in der Großstadt ausgeprägter als auf dem Land, in den protestantischen Gebieten stärker als in den katholischen, im Osten, auch ein Erbe der atheistischen DDR, viel stärker als im Westen. Das erklärt, warum gerade im Osten der Zuspruch für die CDU rückläufig ist, wenn auch später einsetzend und geringer ausgeprägt als für die SPD und warum innerhalb der Union die CSU (noch) weniger betroffen ist als die CDU.

Der Niedergang der alten Volksparteien ist demnach auf strukturelle Ursachen zurückzuführen. Ihr politisches Angebot ist an den alten innergesellschaftlichen Konfliktlinien orientiert und ihre Milieus zerbröseln. Damit stehen sie vor einem fundamentalen Dilemma. Wenn sie sich in ihrer Programmatik an den neuen Konfliktlinien orientieren, verlieren sie weiter unter ihrer traditionellen Anhängerschaft, trocknet ihr angestammtes Milieu noch weiter aus. Auch sind die neuen Konfliktlinien bereits von den neuen Parteien besetzt. Der Versuch, in deren Milieus einzudringen, würde die alten Parteien nur unglaubwürdig machen. Hier offenbart sich ein kulturelles Problem. Auch wenn es Schnittmengen zwischen dem kirchlichen und gewerkschaftlichen zum kosmopolitischen Milieu gibt und insofern eine Basis für Koalitionen, so gibt es doch auch gravierende kulturelle Differenzen, die nicht zuletzt durch den Altersunterschied der Milieus bestimmt werden. Wenn die Altparteien die ihren Milieus verhafteten Mitglieder immer älter werden, verfallen sie in einem strukturellen Konservatismus, der Neuerungen, so funktionalistisch sie auch begründet sein mögen, per se mit Mißtrauen begegnet und insofern wenig attraktiv ist für dringend benötigten Nachwuchs.

Die Konsequenz ist ein politischer Schlingerkurs der alten Parteien, der im Konflikt zwischen Ökologie und Ökonomie besonders sichtbar wird. Die aktuellen Themen Kohleausstieg und Dieselfahrzeuge haben dafür paradigmatische Bedeutung. An dem einen Wochenende demonstrieren die Umweltaktivisten gegen die weitere Abholzung des Hambacher Forstes, am nächsten Wochenende die Beschäftigten im Braunkohletagebau, unterstützt von RWE-Vorstand und Gewerkschaft, für die Abholzung. Die CDU-geführte Landesregierung wie die SPD-Opposition laviert, während

es den Grünen wie beim Fahrverbot von Dieselfahrzeugen in den Innenstädten leicht fällt, eine klare Position zu beziehen. Immer stehen sich der Umweltschutz und die Sorge um Arbeitsplätzen gegenüber. Ähnliches gilt für das Thema Migration. Die Grünen sind dafür, die AFD ist dagegen. SPD und Union lavieren bzw. zerstreiten sich innerparteilich wie bei dem Kampf um die Merkel-Nachfolge, weil sie als Volksparteien auf beide Seiten im Migrationskonflikt Rücksicht nehmen müssen.

Das Dilemma besteht aber nicht nur darin, daß sie nur um den Preis des Verlusts alter Wähler neue gewinnen können. Wenn sie programmatisch untätig bleiben, verlieren sie Wähler an die neuen Parteien und verlieren vor allem auch solche, die sich ganz von den Parteien verabschiedet haben, weil diese sich überhaupt nicht mehr durch deren Angebot angesprochen fühlen. Dieser Prozeß wurde manifest seit der Bundestagswahl von 1987 – ein Hinweis, daß die Folgen der Globalisierung schon seit langem das Wahl- bzw. Nichtwahlverhalten beeinflusst. Die Masse der Nichtwähler sind ehemalige Wähler der Volksparteien, mehr noch der SPD als der Union. Erst das Auftreten der AFD hat diesen Trend gestoppt bzw. sogar rückläufig gemacht. Sie zieht nicht nur Wähler von den alten Volksparteien ab, sondern mobilisiert auch Wähler neu, die zuvor eine Phase der Wahlenthaltung durchlaufen haben.

Verstärkt wird das Dilemma der Volksparteien durch die Medien. Hegemonial im öffentlichen Diskurs sind die Kosmopoliten, die in den Redaktionen der Qualitätszeitungen und des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks mit ihren globalen Korrespondentennetzen sitzen. Sie sprechen ein überdurchschnittlich gebildetes und informiertes Publikum an, erreichen aber nicht die Nichtwähler oder Protestwähler in den sozialen Brennpunkten. Hier liegt auch der Grund, warum Trump als Sprachrohr der Abgehängten, der Globalisierungsverlierer, der weniger Gebildeten und Uninformierten sich auf die Medien eingeschossen hat, warum er in der Lage ist, mit den Twitter-Meldungen an seine Millionen von „Followern“ einen desinformierenden Gegendiskurs zu etablieren. Beide Diskurse befeuern ihre Milieus – das kosmopolitische ebenso wie das kommunitaristisch-populistische. Gäbe es in Deutschland einen Trump, wäre die AFD noch stärker, weil im Sinne des konstruktivistischen Arguments nicht das, was ist, sondern das, was wahrgenommen wird, die Köpfe ergreift. Obwohl es in Ostdeutschland die wenigsten Migranten gibt, ist die Fremdenfeindlichkeit dort besonders hoch.

Was sind die Konsequenzen?

Wenn die Generalthese zutrifft, dann haben der Umbruch des Parteiensystems, der Niedergang der alten Volksparteien und der Aufstieg der neuen Parteien strukturelle Ursachen, die nicht durch personelle Wechsel in den Parteiführungen, programmatische Adjustierungen oder den Rückzug in die Opposition bearbeitet werden können. Ob man versucht, sich in der Opposition zu erneuern, oder Terrain zurückzugewinnen will durch gute Regierungsarbeit, ist dann gleichgültig. Insofern ist die vollmundige Ankündigung des Kandidaten Merz, er sei in der Lage, die CDU wieder auf 40 % Prozent zu bringen und die AFD zu halbieren, Unsinn. Ausgetrocknete und überalterte Milieus lassen sich nicht durch den Wechsel in der Parteiführung reaktivieren. Der Strukturwandel der Gesellschaft, der die alten Konfliktlinien geschleift hat, ist unwiderruflich. Der kontinuierliche Schwund an Mitgliedern und Wählern, der in der Öffentlichkeit lange Zeit nicht diskutiert wurde und durch die bloße Wahrnehmung der relativen Wahlergebnisse kaschiert wurde, sind eindeutige Indikatoren, zumal ein Ende des Schwunds nicht erkennbar ist. Hinzu kommt, daß der Mitgliederschwund bei Gewerkschaften und Kirchen dieselben Ursachen haben wie bei den alten Volksparteien. Franz Walter hat schon vor zehn Jahren prognostiziert, daß die SPD nicht zurückkommt.

Wenn die alten Volksparteien sich programmatisch ganz neu aufstellen und dabei an den neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien orientieren, verlieren sie ihre noch verbliebene Klientel. Ob sie eine neue gewinnen, ist fraglich, weil die neuen Konfliktlinien schon von den neuen Parteien besetzt sind. In deren Milieus einzudringen, dürfte noch schwieriger sein. Insofern ist es wahrscheinlicher, daß sich der Niedergang fortsetzen wird und ein Prozeß in Deutschland nachgeholt wird, der in manchen europäischen Nachbarländern schon vollzogen wurde.

Die neuen politischen Aufsteiger sind demnach die Grünen mit wachsender und vor allem junger Mitgliedschaft, bereits mehrheitsfähig in den bürgerlich-mittelständischen Stadtteilen der großen Städte der alten Bundesrepublik. Sie sind attraktiv für das kosmopolitische Milieu, weil sie ein klares politisches Angebot gegenüber den Herausforderungen der Globalisierung, des Klimawandels, der Migration versprechen, indem sie auf Global Governance setzen und dies auch offensiv vertreten. Daß sie nicht überall mehrheitsfähig sind, liegt am skizzierten doppelten Gefälle in Deutschland zwischen Süd und Nord und West und Ost. Der andere politische

Aufsteiger ist die AFD, die bei den neuen gesellschaftlichen Konfliktlinien den eigentlichen Gegenpol zu den Grünen bildet. Die AFD ist attraktiv für das kommunitaristisch-populistische Milieu, das sich in den sozialen Brennpunkten der großen Städte und im Osten auch in der Fläche gebildet hat. Während die Grünen Wähler von den alten Volksparteien abziehen, vermag die AFD auch ehemalige Nichtwähler zu mobilisieren.

Perspektivisch werden die alten Volksparteien zwar nicht verschwinden, aber weiter an Bedeutung verlieren. Sie könnten sogar zerbrechen, wenn sie versuchen, sich an den neuen Konfliktlinien zu orientieren. Die Grünen und die AFD werden aber nicht zu neuen Volksparteien im klassischen Sinne, weil sie in jeder Hinsicht konträre Milieus ansprechen, die im Unterschied zu den Milieus der alten Volksparteien keine Schnittmengen aufweisen. Insofern tragen sie sogar noch zur Polarisierung der Gesellschaft bei. Nur die Linke könnte an diesem Konflikt zerbrechen, weil sie als ehemals reine Ostpartei in einen internationalistischen und einen nationalistischen Flügel zerfällt. Denkbar ist sogar, daß sich eine weitere neue Partei bildet, die sich von dem neuen Zentrum-Peripherie-Konflikt, nämlich den Interessen der Wahlberechtigten mit Migrationshintergrund, leiten läßt.

Was heißt das für das Parteiensystem und für Koalitionsbildungen? Da sich im Unterschied zu Italien oder Griechenland Koalitionen aus Links- und Rechtspopulisten bzw. linken und rechten Protestparteien aus historischen Gründen auf absehbare Zeit ausschließen, auch wenn der Begriff „Querfront“ bereits durch die Debatte geistert²² werden Zweierkoalitionen Mitte-Links oder Mitte-Rechts für parlamentarische Mehrheiten nicht mehr reichen. Von Großer Koalition zu sprechen, ist angesichts der Schwäche der SPD bereits ein Anachronismus. Nur in den wohlhabenden Bundesländern Westdeutschlands, nicht aber im Bund, dürften schwarz-grüne oder grün-schwarze Koalitionen das Modell der Zukunft sein. Ansonsten wird es Dreierkoalitionen (Ampel, Jamaika oder Kenia) oder gar Viererkoalitionen, wenn die Linke und die AFD an den Rändern zu stark sind, geben. Die Reihenfolge der Farben wird durch die regionalen Schwerpunkte der Parteien und das doppelte Gefälle in Deutschland bestimmt.

²² Vgl. dazu Steven Geyer, In Wut vereint. In: Frankfurter Rundschau vom 11.12.2014.

Datenanhang

Mitgliedschaft der im Bundestag vertretenen Parteien 1946-2017 (Jahresende)

	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AFD
1946	701.449		69.370				
1947	875.479		82.189				
1948	846.518	360.000	85.247				
1949	736.218		66.554				
1950	684.698		61.763				
1951	649.529		34.558	64.320			
1952	627.827	210.000	35.350	66.137			
1953	607.456	215.000	32.985				
1954	586.143						
1955	589.051	245.000					
1956	612.221	219.950					
1957	626.189	253.605	43.506				
1958	623.816						
1959	634.254						
1960	649.578	243.628	52.277				
1961	644.780		58.327				
1962	646.963	248.484					
1963	648.415	248.633	58.737				
1964	678.484	279.770	70.403				
1965	710.448	287.591	71.479				
1966	727.972	280.781	83.548				
1967	733.004	285.804	80.904	57.644			
1968	732.446	286.541	73.625	55.581			
1969	778.945	303.532	70.216	58.705			
1970	820.202	329.239	75.001	56.486			
1971	847.456	355.745	74.713	53.986			
1972	954.394	422.968	106.951	58.097			
1973	973.601	457.393	111.913	63.520			
1974	990.682	530.500	122.872	70.891			
1975	998.471	590.482	132.591	73.585			
1976	1.022.191	652.010	144.263	78.750			
1977	1.006.316	664.214	159.475	79.248			
1978	997.444	675.286	165.709	80.236			
1979	981.805	682.278	169.248	82.534	11.156		
1980	986.872	693.320	172.420	84.289	20.520		
1981	956.490	705.116	175.275	86.073	18.193		
1982	926.070	718.889	178.523	73.788	20.293		
1983	925.630	734.555	185.428	71.371	28.348		
1984	916.485	730.395	184.226	68.668	31.235		
1985	916.383	718.590	182.852	65.425	37.024		
1986	912.828	714.089	182.369	63.736	38.170		
1987	908.921	705.821	184.293	64.501	42.419		

1988	911.916	676.747	182.738	64.105	40.768		
1989	921.430	662.598	185.703	65.150	41.171		
1990	943.402	789.609	186.198	168.217	41.316	280.882	
1991	919.871	751.163	184.513	140.031	38.873	172.579	
1992	885.958	713.846	181.758	103.505	36.320	146.742	
1993	861.480	685.343	177.289	94.197	39.765	131.406	
1994	849.374	671.497	176.250	87.992	43.899	123.751	
1995	817.650	657.643	179.647	80.431	46.410	114.940	
1996	792.773	645.786	178.573	75.038	48.034	105.029	
1997	776.183	631.700	178.457	69.621	48.980	98.624	
1998	775.036	626.342	178.755	67.897	51.812	94.627	
1999	755.066	638.056	183.569	64.407	49.488	88.594	
2000	734.667	616.722	181.021	62.721	46.631	83.475	
2001	717.513	604.135	177.661	64.063	44.053	77.845	
2002	693.894	594.391	177.705	66.560	43.881	70.805	
2003	650.798	587.244	176.989	65.192	44.052	65.753	
2004	605.807	579.526	172.892	64.146	44.322	61.385	
2005	590.485	571.881	170.117	65.022	45.105	61.270	
2006	561.239	553.896	166.928	64.880	44.677	60.338	
2007	539.861	536.668	166.392	64.078	44.320	71.711	
2008	520.970	528.972	162.232	65.600	45.089	75.968	
2009	512.520	521.149	159.598	72.116	48.171	78.046	
2010	502.062	505.314	153.890	68.541	52.991	73.658	
2011	489.638	489.896	150.585	63.123	59.074	69.458	
2012	477.037	476.347	147.965	58.675	59.653	63.761	
2013	473.662	467.976	148.380	57.263	61.359	63.756	17.687
2014	459.902	457.488	146.536	54.967	60.329	60.551	20.728
2015	442.814	444.400	144.360	53.197	59.418	58.989	16.385
2016	432.706	431.920	142.412	53.896	61.596	58.910	25.015
2017	443.152	425.910	140.983	63.050	65.065	62.300	27.621
	SPD	CDU	CSU	FDP	Grüne	Linke	AFD

Quellen: Franz/Gnad 2005, S. 92-103; Boyer/Kössler 2005, S. 129-143; Gnad u.a. 2005, S. 93-98; Niedermayer 2013; Niedermayer 2013, 2016.

Anteil der über 60jährigen Parteimitglieder 1990-2017 in Prozent

	CDU	SPD	CSU	FDP	Grüne	Linke
1990		24,6	25,8			
1991	29,7	25,2	26,8			
1992	30,7	25,6	27,9			
1993	31,8	26	28,9			
1994	33,1	26,4	30,1			
1995	34,6	27,4				
1996	36,1	28,3		25,7		
1997	37,9	29,4	31,1	28,4		
1998	39,5	32,7		28,7		
1999	40,6	36,5		30,3		68,3
2000	42,6	38,1	38	32		67
2001	44,2	39,2	38,8	32,7		68,3
2002	45,1	40,4	39,4	32,2		68,7

2003	45,9	42,2	40,1	33,4		67,6
2004	46,4	42,7	41,1	34,6		70
2005	46,4	43,6	41,5	34		70,4
2006	47,3	45,1	42,4	34,2		68,1
2007	48,2	46,7	42,7	34,9		55,2
2008	46,6	45,5	43,8	32,8	12. Jan	54,5
2009	47,1	46,4	44,9	31. Jan	11. Aug	47,3
2010	47,1	49,2	46,1	32,7	12. Aug	47,9
2011	49,1	49,2	45,1	34,6	13. Aug	49,0
2012	49,9	50,5	48,1	36,7	15. Jul	50,9
2013	50,4	51,1	47,9	37,2	17. Mrz	50,1
2014	50,9	52,2	46,3	38,5	19. Mai	51
2015	51,3	53,5	47	39,6	23. Aug	50,7
2016	51,5	54,3	48,3	39,3	23. Mai	49,3
2017	51,8	53,6	47,6	34,8	24. Mrz	45,9

Quelle: Berechnet nach Niedermayer 2013, 2016.

Bundestagswahlen 1949-2017 absolut

	1949	1953	1957	1961	1965	1969	1972	1976	1980	1983	1987	1990	1994	1998
CDU/CSU	7.359.084	12.443.981	15.008.399	14.298.372	15.524.068	15.195.187	16.806.020	18.394.801	16.897.659	18.998.572	16.761.572	20.358.096	19.517.156	17.329.388
SPD	6.934.975	7.944.943	9.495.571	11.427.355	12.813.186	14.065.716	17.175.169	16.099.019	16.260.677	14.865.807	14.025.763	15.545.366	17.140.354	20.181.269
FDP	2.829.920	2.629.163	2.307.135	4.028.766	3.096.739	1.903.422	3.129.982	2.995.085	4.030.999	2.706.942	3.440.911	5.123.233	3.258.407	3.080.955
KPD	1.361.706													
BP	986.478													
DP	939.934	896.128	1.007.282											
Zentrum	727.505	217.078												
WAV	681.888													
DKP/DRP	429.031													
SSW	75.388													
GB/ BHE		1.616.953												
B90/ Grüne										2.167.431	3.126.256		3.424.315	3.301.624
Linke/ PDS												1.29.578	2.066.176	2.515.454
AfD														
Parteilose	1.141.647													
Sonstige	264.842	1.803.026	2.087.041	1.796.458	1.186.449	1.801.699	348.579	333.595	749.646	201.962	512.817	4.306.136	1.698.766	2.899.822
Ungültige	763.216	928.278	1.167.466	1.298.723	795.765	557.040	301.839	343.253	353.115	338.841	357.975	540.143	632.825	638.575
Nicht-wähler	6.712.006	4.641.390	4.328.029	4.591.041	5.094.188	5.154.171	3.684.713	3.892.262	4.939.645	4.809.407	7.102.688	13.440.645	12.714.010	10.815.664
Ausländer							3.554.000	3.852.000	4.566.000	4.574.000	4.286.000	5.582.000	7.118.000	7.308.000
Nicht-WB	19.750.505	19.332.866	18.663.442	19.148.433	20.786.196	22.517.356	16.809.076	15.531.981	13.860.204	12.643.734	11.734.667	13.734.667	13.968.594	13.966.260
Wähler	24.495.614	28.479.550	31.072.894	32.849.674	33.416.207	33.523.064	37.761.589	38.165.753	38.292.096	39.279.528	38.225.294	46.995.915	47.737.999	49.947.087
Wahlbr.	31.207.620	33.120.940	35.400.923	37.440.715	38.510.395	38.677.235	41.446.302	42.058.015	43.231.741	44.088.095	45.327.982	60.436.560	60.452.009	60.762.751
Wohn-bev.	50.958.125	52.453.806	54.064.365	56.589.148	59.296.591	61.194.591	61.809.378	61.441.996	61.657.945	61.306.669	61.238.079	79.753.227	81.538.603	82.037.011

	2002	2005	2009	2013	2017
CDU/CSU	18.482.641	16.631.049	14.658.515	18.165.446	15.317.344
SPD	18.488.668	16.194.665	9.990.488	11.252.215	9.593.381
FDP	3.538.815	4.648.114	6.316.080		4.999.449
KPD					
BP					
DP					
Zentrum					
WAV					
DKP/DRP					
SSW					
GB/BHE					
B90/ Grüne	4.110.355	3.838.326	4.643.272	3.694.057	4.158.400
Linke/ PDS	1.916.702	4.118.194	5.155.933	3.755.699	4.297.270
AfD					5.878.115
Parteilose					
Sonstige	1.459.299	1.857.610	2.606.902	6.859.421	2.325.533
Ungültige	586.281	756.146	634.386	583.069	460.860
Nichtwähler	12.850.107	13.826.607	18.162.914	17.636.975	14.712.211
Ausländer	7.348.000	7.289.000	7.131.000	7.634.000	9.416.000
Nicht-WB	13.755.812	13.278.284	12.502.768	11.286.100	11.687.500
Wähler	48.582.761	48.044.104	44.005.575	44.309.925	46.976.300
Wahlbr.	61.432.868	61.870.711	62.168.489	61.946.900	61.688.500
Wohn-bev.	82.536.680	82.437.995	81.802.257	80.767.000	82.792.000

Quelle: Bundeswahlleiter

Literatur

Der AFD wurden Felder ohne Not überlassen. Historiker Heinrich August Winkler über das Erstarken der Populisten in Europa und über Vergleiche zur Weimarer Republik. In: Frankfurter Rundschau vom 22./23.9.2018.

Albert, Mathias/Brock, Lothar/Hessler, Stephan/Menzel, Ulrich/Neyer, Jürgen, Die Neue Weltwirtschaft. Entstofflichung und Entgrenzung der Ökonomie. Frankfurt: Suhrkamp 1999.

Boyer, Josef/Kössler, Till, SPD, KPD und kleinere Parteien des linken Spektrums sowie DIE GRÜNEN. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf: Droste 2005. = Handbuch Teilbd. IV.

Caballero, Claudio, Nichtwahl. In: Falter/Schoen 2005. S. 319-364.

„Eine Partei ist eine Gemeinschaft“. Imgard Scheinhardt, seit 1946 SPD-Mitglied, über die goldene Zeit der Sozialdemokraten im Ruhrpott, den Überlebenskampf der Volkspartei und den Mitgliederentscheid über die GroKo. In: Frankfurter Rundschau vom 26.2.2018.

Falter, Jürgen W./Schoen, Harald (Hrsg.), Handbuch Wahlforschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften 2005.

Forst, Rainer, Zwei schlechte Hälften ergeben kein Ganzes. Die Krise der Demokratie ist gravierend. In: Frankfurter Rundschau vom 11.11.2018.

Franz, Corinna/Gnad, Oliver, CDU und CSU. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf: Droste 2005.= Handbuch Teilbd. II.

Geyer, Steven, In Wut vereint. In: Frankfurter Rundschau vom 11.12.2014.

Gnad, Oliver/Ceniss, Daniele/Hausmann, Marion/Rebel, Carl-Wilhelm, FDP sowie kleinere bürgerliche und rechte Parteien. Mitgliedschaft und Sozialstruktur 1945-1990. Düsseldorf: Droste 2005. = Handbuch Teilbd. III.

Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland. 4 Teilbde. Düsseldorf: Droste 2005.

Hildebrandt, Cornelia, Umbrüche im Parteiensystem in Europa. Schlussfolgerungen für die Linken. In: Forum Wissenschaft (11.4.2018). unter: <https://www.linksnet.de/artikle/47426>

Hofmann, Robert, Geschichte der deutschen Parteien. München 1993.

Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Lachat, Romain/Dolezal, Martin/Bornschier, Simon/Frey, Timotheos, Globalization and the Transformation of the National Political Space: Six European Countries Compared. In: European Journal of Political Research 45.2006. S. 921-956.

Kriesi, Hanspeter u.a., Political Conflict in Western Europe. Cambridge: Cambridge University Press 2012.

Lipset, Seymour M./Rokkan, Stein, Cleavage Structures, Party Systems and Voter Alignments: An Introduction. In: Dies. (Hrsg.), Party Systems and Voter Alignments: Cross-National Perspectives. New York: Free Press 1967. S. 1-64.

Menzel, Ulrich, Politische Willensbildung und die Rolle der Parteien. MS. 4.10.2012.

Merkel, Wolfgang, Kosmopolitismus versus Kommunitarismus. Ein neuer Konflikt der Demokratie. In: Philipp Harfst/Ina Kubbe/Thomas Poguntke (eds.), Parties, Governments and Elites: The Comparative Study of Democracy. Wiesbaden: Springer VS 2017. S. 9-23.

Neumann, Philipp/Kohnen, Alexander, Der Niedergang der Volksparteien. In: Braunschweiger Zeitung vom 28.7.2018.

Niedermayer, Oskar (Hrsg.), Handbuch der Parteienforschung. Wiesbaden: Springer VS 2013.

Niedermayer, Oskar, Die Analyse von Parteiensystemen. In: Niedermayer 2013. S. 83-117.

Niedermayer, Oskar, Parteimitgliedschaften. In: Niedermayer 2013. S. 147-177.

Niedermayer, Oskar, Das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland. In: Niedermayer 2013. S. 739-764.

Niedermayer, Oskar, Parteimitglieder in Deutschland: Version 2017 NEU. Berlin: FU Berlin 2017. = Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 27.

Niedermayer, Oskar, Parteimitgliedschaften im Jahre 2017. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen 49.2018,2. S. 346-371.

Onken, Holger, Parteiensysteme im Wandel. Deutschland, Großbritannien, die Niederlande und Österreich im Vergleich. Wiesbaden: Springer VS 2013.

Strasser, Johano, Disziplin und Hingabe. Eine gründliche Erneuerung der SPD gelingt nur dann, wenn Sozialdemokraten lernen, die Zwecke wieder höher zu schätzen als die Mittel. In: Frankfurter Rundschau vom 2.2.2018.

Walter, Franz, Im Herbst der Volksparteien? Eine kleine Geschichte von Aufstieg und Rückgang politischer Massenintegration. Bielefeld: Transcript 2009.

Wiesendahl, Elmar, Parteienforschung im Rahmen der Sozialwissenschaften. In: Niedermayer 2013. S. 13-60.

De Wilde, Peter/Koopmanns, Ruud/Zürn, Michael, The Political Sociology of Cosmopolitanism and Communitarianism: Representative Claims Analysis. Berlins: WZB 2014. = Discussion Paper SP IV 2014-102.

Zürn, Michael/de Wilde, Peter, Debating Globalization: Cosmopolitanism and Communitarianism as Political Ideologies. In: Journal of Political Ideologies 2016. S. 1-22.